

**Niederschrift über die Sitzung des
Kreistags am 17. November 2014**

in der Turn- und Versammlungshalle in Allmersbach im Tal

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

86 Kreisrätinnen und Kreisräte: Sturm (ab 14:45 Uhr), Lenk (bis 17:05 Uhr), Dr. Wel-
ler (bis 17:15 Uhr), Treiber (bis 17:16 Uhr), Segan
(bis 17:19 Uhr), Voral (bis 17:31 Uhr), Breiter (bis
17:31 Uhr)

Entschuldigt: Hinderer, Ostfalk

Ferner: Erster Landesbeamter Friedrich (Top 5)
Kreiskämmerer Geißler (Top 6)
Dezernentin Hülle
Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin
Regierungsdirektor Dr. Zaar (Top 2-4)
Hr. Beck, Verband Region Stuttgart (Top 2)
Leitende Beamte und Angestellte des Landkreises
Gäste
Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:40 Uhr

§ 1

Haushaltsreden und Haushaltsanträge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2015
Drucksachen 2014-79-KT20.10.,2014-79a-KT20.10.,2014-80-KT21.10.,2014-81-KT21.10., 2014-89-
KT-20.10. und 2014-90KT 20.10.

Kreisrat Sczuka legt für die **CDU-Fraktion** dar:

Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
werte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
liebe Zuhörer und Pressevertreter,

gerne nehme ich für die Kreistagsfraktion der CDU Stellung zu dem uns vorgelegten Schattenentwurf des Kreishaushalts 2015. Der Haushaltsplan 2015 des Rems-Murr-Kreises ist durch einige große Eckpunkte geprägt und gekennzeichnet. Eckpunkte, die der Kreis nicht beeinflussen kann, aber auch Rahmenbedingungen, die wir sehr wohl in Angriff nehmen und verändern müssen.

Entlastung bei der Grundsicherung im Alter:

Der Bund hat zu diesem positiven Effekt erfreulicherweise beigetragen und dies wollen wir deshalb auch positiv herausstellen. Es wurden in den letzten Jahren schrittweise die Kosten der Grundsicherung im Alter übernommen und der Bund trägt nun mittlerweile 100 % dieser Kosten. Beim Rems-Murr-Kreis sind dies etwa 19 Mio. Euro was einem Kreisumlagehebesatz von 3,9 % entspricht!

Schicksale von Menschen bewegen Menschen. Hierzu zählen auch Flüchtlingsschicksale. Wir alle merken das auch in unseren Kommunen vor Ort und ich bin froh und dankbar, dass wir hier im Rems-Murr-Kreis eine einvernehmliche Lösung bezüglich der Nutzung der Klinikareale über alle Fraktionen hinweg getroffen haben. Wir unterstützen den Kreis bei der dezentralen Unterbringung, da es keinen Sinn macht, asylsuchende Personen an 2 Standorten mit jeweils ca. 1.000 Personen unterzubringen – eine geringere Zahl würde keinen Sinn machen, da die Einheiten nicht einfach beliebig verkleinerbar sind und bei einer Nutzungsaufnahme in den ehemaligen Kliniken die Nebenkosten wie z. B. Strom und Wasser und sonstige Unterhaltungsarbeiten einen enormen Kostenaufwand verursachen würden. Und das auch in einem erheblichen Umfang. Dazu ist auch alles gesagt und innerhalb des Kreistags sehr breit diskutiert. Eine Belegung würde auch in Backnang und Waib-

lingen die nun konkret werdenden Nachnutzungsüberlegungen stark gefährden. Wir stehen bei der Bevölkerung hier im Wort und werden dies einhalten.

Wichtig bleibt, dass es schnelle Entscheidungen in laufenden Asyl-Verfahren gibt und wir fordern auch eine echte 1:1-Kostenübernahme bei der Unterbringung der Asylbewerber durch das Land und den Bund. Die kommunale Seite darf hier nicht im Regen stehen gelassen werden.

Unserem Antrag, das Betriebsergebnis bei den Kliniken separat darzustellen, wurde entsprochen und wir bedanken uns dafür. Es zeigt die Ausgangslage aus dem Jahr der Beschlussfassung für den Klinikneubau aus dem Jahr 2008 auf. Ab dem Jahr 2015 / 2016 sollte kein Defizit mehr durch den Kreis auszugleichen sein sowie Zins und Tilgung für den Neubau erwirtschaftet werden. Und hier nehmen wir Sie beim Wort, Herr Landrat Fuchs: sie versprochen, dass der Neubau der Klinik in Winnenden die Städte und Gemeinden über die Kreisumlage keinen Cent kosten wird!

Doch wie sieht es nun wirklich aus? Geplanter aktueller Verlust im Haushalt 2015: 15,2 Mio. Euro. Erwarteter Verlust aus der Prognose des Jahres 2008: 3,4 Mio. Euro. Wir sprechen von der ursprünglichen Planung aus hier von einer Differenz in Höhe von 11,8 Mio. Euro! Fairerweise müssen wir die Ausgangslage überarbeiten, da wir bis zum Jahr 2013 erhebliche weitere Investitionen und Verbesserungen getätigt haben. Aber wenn man von dieser Ausgangslage ausgeht, wurde nach diesen Berechnungen ein Verlust von ca.8 Mio. Euro erwartet. Auch dies ergibt zum nun veranschlagten Defizit im Haushalt eine Differenz von 7,1 Mio. Euro.

Dieses Defizit von 7,1 Mio. Euro bedeutet einen Anteil an der Kreisumlage von 1,5 % Punkte. Nach Ihrer Aussage, Herr Landrat, keine zusätzliche Belastung für die Städte und Gemeinden. Wir könnten also mit den Einsparvorschlägen, die ich nachher zusätzlich ausführen werde, sogar den Hebesatz für die Kreisumlage senken! Wir könnten die faire 50:50-Regelung anwenden und hätten keinerlei größeren Probleme, auch wenn der Sozialetat gestiegen ist. Wir reden bei einer um 2,5 Mio. Euro gestiegenen Steuerkraft der in den Städten und Gemeinden erwirtschafteten Beträge und der 50:50-Regelung von 0,5 %-Punkten Kreisumlage.

Sie sagten den Fraktionen zu, Herr Landrat, Verbesserungen, die seit der Einbringung des Haushalts entstanden sind, zur Senkung der Kreisumlage einzusetzen. Danke für das Einlösen des bisherigen Versprechens und dies bedeutet beim nun vorliegenden Entwurf der Verwaltung einen Hebesatz von 38,3 %.

Die CDU-Kreistagsfraktion schlägt vor, den Hebesatz um weitere 0,63 %-Punkte zu senken auf einen Hebesatz von 37,67 %. Was wir nicht wollen: das oben dargestellte Klinikdefizit von 1,5 %-Punkten Kreisumlage über Schulden zu finanzieren. Wir fordern Sie auf, Herr Landrat Fuchs, dies auch mit den Städten und Gemeinden entsprechend zu kommunizieren. Würde dieses außerordentliche Defizit nicht bestehen, läge der Hebesatz mit unseren Einsparvorschlägen bei 36,7 %. Aber Zinsen und Tilgungsleistungen belasten auch wieder den Haushalt des Kreises und damit nach dem Gesamtdeckungsprinzip über die Kreisumlage abzudecken.

Unsere konkreten Einsparvorschläge sehen wie folgt aus:

Der Rems-Murr-Kreis muss nach dem Ihnen vorliegenden Haushalt 11,2 Mio. Euro neue Schulden aufnehmen. Bei guter konjunktureller Lage ist dies ein Armutszeugnis und bereitet uns größte Sorgen. Denn bei einer in der Zukunft mit Sicherheit auch einmal wieder schlechteren Wirtschaftslage gibt dies enorme Probleme. Sparen heißt deshalb Verzicht! Und dies muss in allen Ebenen geschehen. Wir sehen deshalb eine „Paketlösung“, die zwar betragsmäßig nicht sehr viel bringt, aber verdeutlichen soll, wie ernst doch die Lage ist.

Die Paketlösung bedeutet: Kürzung bei den Freiwilligkeitsleistungen wie von der Verwaltung vorgeschlagen (€ 122.000) und bei den weitergehenden Anträgen, auch hier den gleichen Maßstab ansetzen und auch hier die 20 % herunter fahren. Dies werden wir in den anstehenden Ausschussberatungen entsprechend vertreten.

Bei unseren 253-km Landesstraßen und 356 km Kreisstraßen ist unter anderem das Radwegekonzept veranschlagt. Hier können noch nicht einmal konkrete Maßnahmen benannt werden, da noch nicht einmal die Landesplanung vorliegt. Dies sollte auf jeden Fall abgewartet werden und dann kann durchaus auch noch einmal mit der Umsetzung gewartet werden. Wir beantragen hier, 400.000 € im Haushalt herauszunehmen.

Auch im ÖPNV besteht ein gewisses Einsparpotential. Der Rems-Murr-Kreis beteiligt sich im Rahmen der Modellregion für nachhaltige Mobilität der Region Stuttgart mit dem Projekt Fahrrad2Go. Hier sind insgesamt ca. 175.000 Euro im Haushalt 2015 eingestellt, für Investitionen und Betriebskosten. Was wir nicht wollen, die bestehende Modellphase zu konterkarieren. Die Kann weiter laufen. Aber diese neuen Betriebs- und Investitionskosten die benötigen wir nicht und somit kann man ohne Probleme auf diese in Höhe von 175.000 Euro verzichten.

Sie alle wissen wie der aktuelle Zinsmarkt ist. Man selber merkt es mit Verträgen, die Notare kommen so gut wie nicht mehr hinterher, vor Weihnachten bekommt man kaum noch Notartermine und ich bin fest überzeugt, dass dies auch im kommenden Jahr so weiter geht und sich der Grundstücksmarkt positiv entwickelt. Auf Grund der anhaltenden günstigen Finanzierungssituation können wir auch hier ohne größere Probleme den Ansatz um 300.000 Euro nach oben setzen.

Beim Klimaschutzkonzept gibt es enorme Steigerungen, die wir praktisch mit Schulden nun finanzieren. Es ist daher sehr wohl zu überlegen, ob hier nicht Verschiebungen umgesetzt werden sollen. Bei den einzelnen Punkten im Haushalt der einzelnen Klimaschutzprojekte fallen insgesamt Kosten i.H.v. 474.000 Euro an. Hier kann ohne Probleme eine Einsparung i.H.v. 150.000 Euro z.B. generiert werden. Ob dies beim Ausbau der Energieeinsparberatung oder an anderer Stelle erfolgt ist gleichwertig. Nur ein Beispiel: Alleine bei der Energieeinsparberatung ist eine Steigerung von über 100.000 Euro zu verzeichnen oder bei anderen Dingen, die wünschenswert sind aber bei Kreditfinanzierung zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich nicht nachhaltig.

RMIM und Sanierungsrückstau das Thema kommt bekannt vor. Wir hatten auch schon einmal eine Situation in einer schwierigen Haushaltslage. Deswegen mit der Kreisbaugruppe ist Kontakt aufzunehmen. Wir hatten diese Situation schon einmal und dann einen Betrag aus dem Programm Sanierungsrückstau und Investitionsprogramm herausgenommen. Ziel könnte für das kommende Jahr sein, eine Herausnahme in der Größenordnung von 1 Mio. Euro bei ungefähr 3,4 Mio. Euro Investitionen und 2,4 Mio. Euro Sanierungsrückstaus. Wir sollten deshalb mit der Kreisbau verhandeln, was richtig und sinnvoll ist.

Im gesamten Ergebnishaushalt des Kreises auch im Jahr 2015 sollte hier für diese Bereiche es möglich sein, eine globale Minderausgabe sowohl im Personal- wie auch im Sachkostenbereich zu erwirtschaften. Ich kann mich an keinen Haushalt der letzten Jahre erinnern, bei dem das Thema Personalkosten und Verwaltungskosten nicht zur Sprache gekommen ist. Man kann Personalpolitik und die damit verbundenen Personalkosten durch vielerlei Brillen betrachten: man kann die Zahlen auf die Zahl der Einwohner herunterbrechen und dann mit anderen Kreisen ähnlicher Struktur vergleichen, man kann pauschal Kürzung fordern, dies zu erhöhen wird eh kaum keiner kommen. Schlussendlich und unter dem Strich zählt das Ergebnis.

Nur Hochmotivierte und entsprechend qualifizierte Mitarbeiter sorgen für das gewünschte Ergebnis, die Fähigkeit seine Mannschaft zu motivieren und mitzunehmen, Perspektiven aufzuzeigen, das ist

wichtig. Hier ist die Verwaltung auf einem guten Weg, das haben wir in einem Gespräch mit dem Personalrat gesehen, wo hier auch Qualifizierungsprojekte gemeinsam mit dem Personal entwickelt werden. Bei der Größenordnung der Haushaltsansätze im Kreishaushalt war eine pauschale Minderausgabe in der Vergangenheit immer möglich und es wird auch im Jahr 2015 möglich sein. Wir wollen aber auch nicht, dass dieses Thema überstrapaziert wird und sehen mehr als realistisch einen Betrag von jeweils 500.000 Euro bei Personal- und Sachkosten, also einen Betrag von insgesamt 1.000.000 Euro an. Durch das Gesamtdeckungsprinzip kann hier jeder Bereich seinen Beitrag dazu leisten, der schwierigen Situation zu begegnen.

Aber eines erwarten wir auch, Herr Landrat Fuchs. Bei sich abzeichnenden Verschlechterungen müssen wir unter Umständen auch einmal das Instrument Haushaltssperre einsetzen!

Aber als positiv denkender Mensch gehe ich aber davon aus, dass wir wieder im Jahr 2015 Verbesserungen zu den Planansätzen erhoffen dürfen. Da wir das außerordentliche Klinikdefizit nicht über Schulden abdecken wollen, bzw. die im im Gesamtdeckungsprinzip von 11,2 Mio. Euro auch mit drin stecken, sehen wir es als äußerst fair an, sich ergebende Verbesserungen entgegen dem bestehenden Grundsatzbeschluss nicht für die Schuldentilgung zu verwenden, sondern für die Entlastung bei der Abdeckung von Fehlbeträgen und somit kreisumlagereduzierend einzusetzen.

Wir kommen somit insgesamt aus Verbesserungen von über 3 Mio. Euro und können damit unseren Kreisumlagehebesatz den wir beantragen mit 37,67 % darstellen.

Ich wünsche in den nun anstehenden Ausschussberatungen gute, zielführende Diskussionen und Debatten und bedanke mich bei der konstruktiven Zusammenarbeit mit der Landkreisverwaltung und deren Bemühen, stets die aktuell neuesten Zahlen zur Verfügung zu stellen und unter Umständen eine weitere Senkung der Kreisumlage zu ermöglichen und uns dies mitzuteilen. Vielen Dank.

Kreisrat Kaufmann legt für die **Fraktion der SPD** dar:

Der Haushaltsplan soll ein Eckpfeiler jeden kommunalpolitischen Wirkens sein. Der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 nebst Finanzplan ist jedoch alles andere als ein Konzept der Zukunft – er formuliert auch keine politischen Ziele. Ist daher der heutige Tag, an dem wir über den Entwurf für das Jahr 2015 debattieren, ein Tag weitreichender Entscheidungen? Was die finanziellen Spielräume und somit der Lebensqualität der kreisangehörigen Kommunen angeht, sicherlich,

denn die Festsetzung der Kreisumlage darf durchaus als weitreichende Entscheidung gelten. Wobei diesbezügliche Beschlussfassungen im vergangenen Jahr in ihrer Verlässlichkeit nun gar nicht weit reichen wollen.

Insofern müssen wir bei der Verabschiedung des Haushaltes unserer Verantwortung gerecht werden. Es stellt sich bloß die Frage: Können wir das? Ich denke, ja. Wir können dies auch tun. Wir dürfen uns nicht hinter den unverrückbaren Pflichtausgaben, wie Sozialhilfe und Transferleistungen verstecken. Das wäre auch viel zu einfach, wie das von der Verwaltung auch immer gesagt wird. Unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns Entscheidungen, die den Landkreis mit seinen kreisangehörigen Kommunen in die Zukunft führt. Es wird vielmehr das, zugegeben hohe Niveau, das wir im Kreis erreicht haben, lediglich verwaltet. Insofern kann ich für die SPD-Fraktion sagen: Wir hätten uns wieder einmal an vielen Stellen "mehr" gewünscht. Mehr Zukunft, mehr Verständnis dafür, dass der demographische Wandel, die Wissensgesellschaft und der gesellschaftliche Wandel auch im Rems-Murr-Kreis nicht spurlos vorbeigehen. Aber wenig davon findet sich im Haushalt wieder.

Auch sind wir der Meinung, dass im Haushalt noch viel Luft ist. Und ich möchte ergänzen "auch in diesem". Denn das ist ja das übliche Muster der vergangenen Jahre, wenn man sich die Abschlüsse der vergangenen Jahre anschaut. Nur so sind einerseits immer große Haushaltsreste zu erklären und andererseits der Hinweis, dass man im Laufe des Jahres auftretende Mehrbelastungen, 2014 war vielleicht eine Ausnahme, im Rahmen des verabschiedeten Finanzplanes mal eben ausgleichen konnte. Von einem Haushalt, der "auf Kante" genäht ist, sind wir auf jeden Fall weit entfernt, 2014 genauso wie 2015, wenn wir das Klinikdefizit einmal ausblenden.

Im Einzelnen:

Zunächst ist festzustellen, dass der Haushalt erneut nicht ohne Schuldenaufnahme auskommt, welche mit netto von 11,1 Mio. Euro geplant ist, obwohl die Nettoinvestitionsrate gerade mal 6,7 Mio. Euro beträgt. Insofern drängt sich der Gedanke auf, dass z.B. die Personalkosten anteilig durch Schulden finanziert werden. Es könnte aber auch heißen: Wir nehmen Schulden auf, um die Schulden und Verluste der Rems-Murr-Klinik zu bezahlen.

Uns sollte aber auch bewusst sein, dass unterlassene Sanierungen in Gebäude und Straßen verdeckte Schulden sind, welche unsere Nachfolgeneration über Gebühr belasten wird. Wir benötigen daher ein Sanierungskonzept, wie dieser „verdeckte“ Schuldenberg abgebaut werden kann.

Vor diesem Hintergrund gehen davon aus, dass das Klimaschutzkonzept in seinen Zielen und Maßnahmen weiter verfolgt wird. Die Zurückstellungen von Projekten wie Radwege und Wärmedämmung müssen im kommenden Jahr zeitnah realisiert werden. Gerade in schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Zeiten kann dieses Klimaschutzkonzept auch zu einem Motor für nachhaltige Investitionen und damit zu einem konjunkturpolitischen Aufschwung beitragen. Jede eingesparte Kilowattstunde, weniger Wärmebedarf und weniger CO₂ – Ausstoß sind nicht nur ökologisch sinnvolle Maßnahmen, sondern schaffen die Grundlage für innovative technische Prozesse und zahlen sich für die nachkommenden Generationen aus.

Sehen wir uns die Personalkosten an. Dabei wird deutlich, dass diese in den Jahren 2013 – 2018 eine Steigerung von rd. 17,8 % bzw. 10,4 Mio. Euro erhalten. Wo ist da die Grenze? Allein für 2015 sind 2,5 Mio. Euro mehr – auch für neue Stellen in den Querschnittsaufgaben – gegenüber 2014 geplant. Gleichzeitig schlägt die Verwaltung Kürzungen bei den Freiwilligkeitsleistungen vor. Dies trägt die SPD-Fraktion in dieser Form nicht mit. Wir tragen nicht mit, dass das Engagement der vielen ehrenamtlich Tätigen in den Kommunen und im Kreis in Frage gestellt wird. Ein Beispiel: Das Land stellt mehr Geld für die Erwachsenenbildung zur Verfügung. Die Verwaltung hat nichts Besseres zu tun, als den Ausbau der Bildung durch vorgeschlagene Kürzungen zu verhindern. Dies kann und darf nicht in unserem Interesse sein. Auch die für unsere Gesellschaft wichtigen Wohlfahrtsverbände sollen eine Kürzung von gar 100 % erfahren. Wie müssen sich die vielen ehrenamtlich Tätigen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Vereinen, Verbänden und Institutionen wohl fühlen, wenn sie das im Vergleich zu den Personalkostensteigerungen hören? Der Kreis gönnt sich immer mehr Personal bei den Querschnittsaufgaben. Die Kosten dafür sollen zu Lasten des Ehrenamts gehen. Wir sind der Meinung, dass die Einsparmöglichkeiten in der Verwaltung wahrgenommen werden sollten. Wir beantragen daher:

- Die Erhöhung der Personalausgaben im Jahr 2015 lediglich um 1,0 Mio. Euro
- Die Deckelung der Personalausgaben bei 64,2 Mio. Euro für die kommenden Jahre
- Die Freiwilligkeitsleistungen bleiben ungekürzt
- Der Antrag der Erlacher Höhe über einen Zuschuss von 42.500 Euro für das Jahr 2015 wird gewährt
- Die Geschäftsausgaben bei den Fraktionen werden gekürzt.

Auch bei den Sachkosten ist eine Steigerung von rd. 3,7 Mio. geplant. Wir sind auch hier der Auffassung, dass auch Einsparpotential vorhanden ist und beantragen daher, diese um lediglich 2,3 Mio. zu erhöhen.

Des Weiteren sind nachträglich eingetretene Veränderungen seit HH-Einbringung bei der Umlage Region Stuttgart zu verzeichnen. Im Saldo ergeben diese rd. 0,6 Mio. Euro. Insgesamt sehen wir eine freie Spitze von rd. 3,4 Mio. Euro, welche die Kommunen nicht belasten sollen. Aus diesen derzeitigen Erkenntnissen sowie mit Blick auch die wirtschaftliche Entwicklung und Prognosen schlagen wir eine Reduzierung des Verwaltungsvorschlages der Kreisumlage von 38,5 % auf 37,9 % vor.

Asyl

Der Haushalt wird auch durch die Asylbewerbersituation belastet. Hohe Kosten sind damit verbunden. Die Betreuung ist zwar Aufgabe des Kreises, doch die Dezentralität der Unterbringung bedeutet auch gelebte Willkommenskultur. Insofern erwarten wir von allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden ein solidarisches Bekenntnis zu diesem dezentralen Weg.

ÖPNV

Der Rems-Murr-Kreis braucht einen besseren ÖPNV besonders auf der Schiene – VVS und Region müssen bei den S-Bahnen endlich ihre Versprechungen einlösen: mehr Komfort – modernes Wagenmaterial – Pünktlichkeit – barrierefreie Bahnhöfe. Auch die Regionalexpresszüge rufen nach Modernisierung. Aber auch im eigenen Bereich müssen wir unsere Verbindungen optimieren. Die Busanbindungen (insbesondere die Linien 209 / 210) von Waiblingen aus an die Rems-Murr-Klinik in Winnenden müssen verbessert werden.

RMK

Die Eröffnung der neuen Rems-Murr-Klinik in Winnenden stellt in jeglicher Hinsicht für den Landkreis einen Meilenstein dar. Nie zuvor hat der Kreis eine Investition in dieser Größenordnung getätigt. Und: nie zuvor hatte eine Baumaßnahme so viel Einfluss auf die weitere Entwicklung der Kreisfinanzen.

An dieser Stelle wollen wir nicht auf die zusätzlichen Baukosten oder auf frühere Beschlüsse des Kreistags eingehen, die im Nachgang nicht mehr veränderbar sind. Es geht uns vielmehr um die

generelle finanzielle Entwicklung der Kliniken im operativen Geschäft. Diese ist die entscheidende Grundlage für den Kreishaushalt der kommenden Jahre!

Dem enorm gestiegenen Defizit muss umgehend gegengesteuert werden um das Ziel des Kreises, dass die Kliniken, in Zukunft möglichst keinen Zuschuss des Kreises mehr benötigen, zu erreichen. Das ist eine Verpflichtung für alle Beschäftigte, aber auch für den Landkreis. Die aktuelle Finanzsituation zeigt aber auch, dass nicht jede Beratungsleistung ein tragfähiges Ergebnis liefert! Die Grundlage dafür wäre die Offenlegung der aktualisierten Wirtschaftlichkeitsprognose vom Mai 2014. Nur so lässt sich der Anspruch auf Transparenz erfüllen.

Doch der wirtschaftliche Erfolg ist nur eine Seite der Medaille. Entscheidend ist auch, was unsere Kliniken für die Bürgerinnen und Bürger unseres Kreises leisten. Und das sind für die SPD-Fraktion folgende Eckpfeiler:

- Gute medizinische Leistungen, auch weiterhin mit Regelversorgung
- Gute Pflege
- Gute Arbeitsbedingungen für unser Personal
- Geringe Wartezeiten
- Gute Verkehrsanbindung

Das werden auch in Zukunft die Maßstäbe sein, an denen wir eine gute Gesundheitsversorgung in öffentlichen Kliniken im Landkreis messen werden.

Wir wissen dass allein der Umzug in das neue Haus für das Personal eine Herkulesaufgabe war und bedanken uns ausdrücklich bei allen für Ihr Engagement. Jetzt gilt es jedoch, die Vorteile im neuen Haus zu nutzen, um auch von den wirtschaftlichen Synergieeffekten endlich profitieren zu können.

Zu danken ist aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung sowie aller dazugehörenden Dienststellen für Ihren Einsatz und Ihre Arbeit sowie für die konstruktive, gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Ich stellte Eingangs fest, dass die Bürgerinnen und Bürgern von uns erwarten, dass wir gemeinsam unserer übertragenen Verantwortung für einen zukunftsfähigen Landkreis wahrnehmen. Der vorliegende Haushaltsentwurf gibt hierzu jedoch wenig Auskunft. Wir müssen im kommenden Jahr die jeweiligen Auf- und Ausgaben des Kreises genauer unter die Lupe nehmen. Dabei meinen wir nicht

eine reine Sparkommission. Vielmehr braucht der Rems-Murr-Kreis eine tragfähige Konzeption und vor allem einen Weg, wie er in Zukunft aufgestellt sein soll. Ich glaube, die breite Gestaltungsmehrheit der Mitglieder im Kreistag sieht dies ebenso. Gehen wir 2015 die Gestaltung unseres Kreises gemeinsam an....Nun wird es Zeit!

Kreisrat Ulrich nimmt für die **Fraktion der Freien Wähler** wie folgt Stellung:

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen ,
verehrte Pressevertreter und Gäste,

die Finanzen des Landkreises sind geprägt von der größten Investition, die der Landkreis seit seinem Bestehen jemals getätigt hat. Eine notwendige und gesonderte Betrachtung für die stark gestiegenen Baukosten und Betriebsdefizite macht klar, wie sehr die in Schieflage geratenen Kreisfinanzen von den Kliniken abhängen.

Diese Entwicklung stellt die kommunale Familie - sogar in Zeiten guter Konjunktur und hoher Steuereinnahmen - vor gewaltige Herausforderungen. Die aktuelle Situation ist auch für uns Kreisräte außergewöhnlich und alles andere als einfach.

Rückblick:

Meine Damen und Herren,
der Landkreis konnte in den vergangenen Jahren seine Pflichtaufgaben immer gut erfüllen, dafür war die KU immer ausreichend bemessen. Der Landkreis, meine Damen und Herren hat sich in den letzten Jahren sogar um Vieles mehr als um seine Pflichtaufgaben gekümmert, er hat sich mehr geleistet, er hat v. a. sein Dienstleistungsangebot beständig ausgeweitet. Nicht immer zur Freude von uns Freien Wählern, die gerade mit Blick auf so schwierige Zeiten wie diesen fordern, sich auf die Kernkompetenzen zu beschränken, um die Kreisfinanzen nicht überzustrapazieren.

Natürlich wäre es auch für uns wünschenswert, angesichts der Heterogenität des Rems-Murr-Kreises Strukturpolitik im ländlichen Raum betreiben zu können. Und soweit uns das möglich ist machen wir das auch. Stichwort Schülerbeförderung: Aber wir verlangen in Anbetracht der aktuellen

finanziellen Herausforderungen Konsolidierung, Beschränkung und Konzentration auf das Wesentliche. Und wir erwarten, dass alle Kommunen ihren Anteil zu den gesellschaftlichen Aufgaben, die uns im Kreis treffen auch beitragen. Der Kreis ist kein kreisumlagefinanzierter Strukturfonds sondern eine Gemeinschaft zur Bewältigung der kommunalen Aufgaben die die einzelne Kommune überfordern würde. Aus diesem Grund halten wir es für höchst fraglich, dass der Kreis in Sachen Breitbandnetz über die Fachkenntnis des Kreiswirtschaftsförderers hinaus weitergehende Aktivitäten oder gar eigene Finanzmittel bereitstellt. Darüber muss noch intensiv debattiert werden.

Sie, Herr Landrat, haben genau auf diese Strukturunterschiede unseres Landkreises immer hingewiesen und Sie haben das LRAen Landkreis immer auch als einen Dienstleister, weniger als Verwaltungsbehörde gesehen. Hierbei kamen uns manchmal die kommunalen Zuständigkeiten zu kurz und wir wundern uns angesichts fehlender Mittel darüber, dass der Kreis auch jetzt noch auf der Suche nach neuen Betätigungsfeldern ist. Dabei hat der Landkreis doch genügend Pflichtfelder zu beackern: er sollte seine Liegenschaften energetisch und brandschutztechnisch sanieren, den Klimaschutz, die Bildung und die Inklusion voranbringen. Er muss sich um Kreisstraßen und Radwege kümmern, v. a. den Bestand erhalten und wenn möglich den Sanierungsstau angehen, er muss die Sozial-, Jugend- und Eingliederungshilfeleistungen managen, er muss die teure aber für uns absolut notwendige Flüchtlingsunterbringung angehen, wobei für uns hier ganz klar die Notlagen der Flüchtlinge im Vordergrund stehen. Hier müssen wir solidarisch sein und wir hoffen, dass die vielen internationalen Krisen rasch bewältigt werden können. Außerdem tragen wir die Vorgehensweise des RMK, die Flüchtlinge nicht in den ehemaligen Krankenhäusern WN oder BK sondern in kleineren Einheiten unterzubringen, die besser betreut werden können, vorbehaltlos mit.

Ein weiteres Pflichtfeld ist die Abfallwirtschaft, die seit Jahren auf einem hohen Niveau und erfreulich effizient arbeitet.

Der Kreis muss den ÖPNV mit organisieren. Im öffentlichen Nahverkehr bei Bussen und Bahnen gab es Fortschritte, was in einem Flächenlandkreis alles andere als einfach ist. Wer wie mit dem neuen ÖPNV-Pakt weitere namhafte Fortschritte auch in der Fläche erzielen will, muss - wie bei der Einführung der Metropolbuslinien - bereit sein, erhebliche, zusätzliche Geldbeträge (beim Land/VRS, beim Kreis) und damit auch bei den Kommunen in die Hand zu nehmen. Nachholbedarf besteht aus meiner Sicht v. a. für die weitestgehend noch fehlende echte Barrierefreiheit an den Bahnhöfen, weil Menschen mit Handicaps zwar zu den Bahnsteigen kommen aber ohne fremde

Hilfe nicht in die Züge gelangen. Und die S-Bahnen als das Rückgrat des ÖPNV müssen verlässlicher werden, wenn sie denn überhaupt fahren.

Aber zurück zum bestimmenden Thema:

Wir Freien Wähler sind froh, dass der Kreis nun sein neues Klinikum der Zentralversorgung in Winnenden hat. Dass Sie sehr geehrter Herr Landrat mit der Mehrheit des Kreistages diesen wichtigen, für große Kreisteile aber schmerzhaften Prozess angestoßen und durchgesetzt haben, das ist zweifellos mit ihr Verdienst und wir wünschen uns, dass diese tiefgreifende Strukturentscheidung in einer nicht allzu fernen Zeit anerkannt und gewürdigt wird. Der Klinikneubau, und die bereits realisierten Gesundheitszentren zeigen, dass es der Landkreis ernst damit nimmt, eine gute Gesundheitsversorgung für die Menschen im RMK zu schaffen. Hier hat der Kreistag, hier hat insbesondere auch unsere Fraktion in einem intensiven Entscheidungsprozess viel Gestaltungswille und -kraft gezeigt.

Der Klinikbau selbst war zugegebenermaßen eine schwierige Geburt. Die Freien Wähler stehen trotz aller Probleme zum Neubau des Klinikums. Insbesondere stehen wir dazu, dass der Landkreis die Gesundheitsversorgung als eigene Aufgabe definiert hat und dieses zentrale Aufgabenfeld nicht den Privaten überlassen hat. Wir müssen heute aber schon kritisch hinterfragen, ob die damaligen Gutachten und Prognosen nicht doch zu positiv angesetzt waren.

Wir verlassen uns darauf, dass Sie Herr Landrat als Vorsitzender des Aufsichtsrates und Herr Geschäftsführer Winter nun alles dafür tun, dass die Kliniken im Interesse des gesamten Kreises medizinisch so arbeiten können, wie es prognostiziert und wie es versprochen war. Es gilt jetzt, das Betriebsdefizit zu analysieren, und rasch abzubauen, damit die Kliniken, - wie ursprünglich prognostiziert – die Verlustzone verlassen und in Lage versetzt werden, schwarze Zahlen zu schreiben.

Jedenfalls ist Stand heute von dem Versprechen, dass der Klinikneubau sich selbst trägt, die Kreisumlagen zurückgeführt werden und der Kreis seine Entschuldungskonzept angehen kann, so gut wie nichts übriggeblieben. Genau das waren aber wesentliche Entscheidungskriterien für den Neubaubeschluss. Genauso wichtig ist es unserer Fraktion, dass es gelingt, in den Kliniken zusammen mit den Beschäftigten nicht nur effiziente Arbeitsabläufe sondern auch ein gutes Arbeits- und Betriebsklima aufzubauen und dort auch die notwendige Aufbruchsstimmung zu erzeugen.

Verehrte Kollegen/innen wir brauchen jetzt eine Übereinkunft darüber, wie mit den Betriebsdefiziten, und den Baukostensteigerungen umgegangen wird.

Hier ist unsere Meinung eindeutig.

Städte und Gemeinden haben erhebliche zusätzliche Pflichtaufgaben zu erledigen. Aber trotz hoher Steuerkraft reicht die Finanzkraft vieler Städte und Gemeinden schon heute nicht mehr aus, die Kleinkinder- und Ganztagesbetreuung, höhere Personalkosten, Brandschutz, Schulausbau, Hochwasserschutz, die Abwasserbeseitigung, Gebäudesanierungen, Flüchtlingsunterbringung, Straßen, die Umlagen im FAG etc. ohne Kredite zu stemmen. Die Steuerkraft wird deshalb nicht nur beim Kreis sondern auch in den Kommunen dringend benötigt. Und dort und nirgendwo anders wird die Steuerkraft ja erarbeitet! Wir sollten als Kreistag nicht dazu beitragen, dass der Kreis seinen Haushalt rettet, indem er reihenweise kommunale Haushalte so stark belastet, dass diese nicht mehr genehmigungsfähig sind. In dieser Schieflage sind manche Kommunen bereits, damit ist doch niemandem gedient. Und ich habe als Kreisrat und als BM kein Problem damit, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen, weil die Kreisbürger immer auch Gemeindebürger sind.

Fazit:

Die Kommunen können die beim Kreis auflaufenden Krankenhausdefizite keinesfalls aus Ihrer Steuerkraft heraus schultern, das wäre politisch falsch und ungerecht. Deshalb muss es einen Mix aus verschiedenen Maßnahmen geben.

Im Wesentlichen geht es uns um folgende 5 Punkte:

1. Die Kliniken müssen vor 2019/2020 aus der Verlustzone geführt werden. Das ist die vordringliche Aufgabe der nächsten Zeit.
2. Der Kreis darf jetzt keine neuen Aufgaben angehen, die nicht zur Pflicht gehören. Und auch im Kreistag - also bei uns Kreisräten – muss jetzt Zurückhaltung angesagt sein. Wir Freien Wähler halten es spätestens jetzt für nicht mehr passend, dass personal- und kostenintensive Leuchtturmprojekte und Pilotvorhaben angesagt sind, wenn doch bereits für wichtige Landkreisaufgaben das Geld fehlt. Wir fordern die anderen Fraktionen und Gruppierungen auf, aktiv an dieser Konsolidierungsphase mitzuwirken.
3. Eine haushaltswirtschaftliche Sperre muss erwogen werden.

4. Wir sorgen uns zusehends um unseren Wirtschaftsstandort und fordern deshalb einen Vorrang für echte Wirtschaftsförderung und wirtschaftliche Aufgabenerledigung: das Geld das so gerne ausgegeben wird, muss im RMK zuerst verdient werden. Wer sich unsere Wirtschaftsnachrichten genau anschaut, der sieht, dass unser Wirtschaftsstandort nicht auf immer und ewig prosperiert. Wir erwarten trotz der zunehmenden Vorgaben von Brüssel, Berlin oder Stuttgart, dass im Verwaltungsvollzug Spielräume aktiv gesucht und genutzt werden. Die Kreisverwaltung neigt manchmal dazu, die Vorschriften über alle Maßen zu betonen und zu perfekt sein zu wollen. Unsere Verwaltung muss jetzt auch den Mumm haben, im Interesse unserer Wirtschaft, und unserer Investoren, Spielräume zu schaffen. Umweltschutz ja aber bitte mit Augenmaß und unter dem Blickwinkel was ist Pflicht was ist Kür? Zur Wirtschaft gehört auch der dringende Hinweis auf die Mobilität, auf einen leistungsfähigen ÖPNV aber auch auf einige überfällige Straßenbauprojekte in der Region und im RMK, denn dass hier dringender Handlungsbedarf besteht, ist doch offensichtlich. Die Staus in der Region nehmen immer weiter zu, die Lagerhaltung mancher Betriebe, findet immer mehr auf der Straße statt, die volkswirtschaftlichen Schäden durch Zeitverluste sind immens und werden durch eine falsche Straßenbaupolitik nicht weniger.
5. Der Kreis wird trotz aller Spar- und Konsolidierungsbemühungen nicht umhin kommen, eine über die aktuellen Planungen hinausgehende zusätzliche Verschuldung einzugehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zusätzliche Kredite für das Schaffen bedeutsamer Infrastruktur beim Kreis halten wir in der jetzigen Ausnahmesituation für nichts Verwerfliches. Gerade unsere Klinik müsste es uns in dieser absoluten Ausnahmesituation Wert sein, den Kreditrahmen zu erweitern.

Der Landrat hat mit dem Haushaltsentwurf auch bei den freiwilligen Aufgaben Kürzungsvorschläge gemacht, diesen stimmen wir zwar zu. Wir wollen aber - um das einmal klarzustellen - nicht den Fehler machen, alle Kleinstbeträge für soziale und umweltpolitisch wichtige Projekte zu streichen. Kürzungen dieser Art führen im Haushalt zu keinen wirksamen Entlastungen, sie zerstören aber viel ehrenamtliches Engagement und langjährige Aufbauarbeit.

Ich fasse zusammen:

Dem Kreis stehen schwere Zeiten ins Haus. Die Defizite aus den Kliniken und steigende Sozial- und Jugendhilfekosten müssen abgedeckt werden. Es muss aber auch alles unternommen werden, um diese Defizite abzubauen und zu mildern.

Die Frage ist aber, ob zunächst der Kreis und seine Gesellschaften oder direkt die Kommunen über die KU zur Abdeckung der Defizite herangezogen werden.

Die *Rahmendaten für den Haushalt 2015* sind hohe Defizite aus den Kliniken in Höhe von fast 28 Mio.€ dafür Mehrerträge aus dem Ergebnishaushalt 2014 in Höhe von 8,1 Mio. €, eine Nettoinvestitionstate von 6,7 Mio. € und ein Kreditbedarf von 15,9 Mio. €. Um das zu finanzieren hat der Landrat 38,5 % und damit fast 2,5 % Punkte mehr KU vorgeschlagen und das in einer sehr steuerstarken Zeit, in der andere Kreise die Kreisumlage zurücknehmen können. Mit 38,5 % KU würde die kommunale Steuerkraft zur Abdeckung des jetzt noch offenen Defizites überproportional herangezogen.

Wir hingegen wünschen uns für die nächsten Jahre eine Konsolidierung und Beschränkung auf wichtige Kernaufgaben des Landkreises damit es zu einer Stabilisierung der Finanzen und der Kreisumlage kommt und der Landkreis mittelfristig wieder gestaltungsfähiger wird.

Die Höhe der KU beantragen wir deshalb konsequenterweise bei 36,09 %.

Bei 36,09 % KU können die zur Defizitabdeckung notwendigen Mittel nicht komplett durch weitere Einsparungen oder durch Zurückstellen von Aufgaben erwirtschaftet werden. Das ist uns bewusst. Dennoch muss im internen Dienstbetrieb verantwortlich und sparsam gewirtschaftet werden und wir erwarten hieraus einen zusätzlichen Deckungsbeitrag in Höhe von mindestens 2,5 Millionen gleich 0,5 % KU und wir setzen die Grunderwerbssteuer um 1 Million höher an, das ist realistisch.

Der dann noch offene Fehlbetrag in Höhe von ca. 8 bis 9 Mio. €, der sich im Prinzip aus den gestiegenen Klinikdefiziten ergibt, soll über weitere Kreditaufnahmen gedeckt werden.

Diese Kredite sehen wir als in den nächsten Jahren zwingend zu tilgen an – mit Sondertilgungen, die aus dem Kreishaushalt zu erwirtschaften sind. Wir wollen, dass das Klinikdefizit nicht in die Kreisumlage eins zu eins einfließt, weil wir diese Situation als Sondersituation betrachten. Mit die-

sem Menetekel sollen sich der Kreis und der Kreistag stets daran erinnern, dass zuerst diese Schulden getilgt werden, bevor man sich auf Spielwiesen neuer freiwilliger Aufgaben einlässt.

Dank an Landrat, Kämmerei, meine Fraktion, und allen die mir heute zugehört haben und vor allem denjenigen, die mit uns diesen von mir skizzierten Weg und mit vielen guten Argumenten hinterlegten gehen.

Kreisrätin Brodersen erklärt für die Fraktion **B90/ Die Grünen**:

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste.

Seit der Bau-Entscheidung für das Rems-Murr-Klinikum im Jahr 2008 ist das Krankenhaus Thema Nr. 1 in den Haushaltsreden. Die Klinik ist mittlerweile eröffnet. Doch nach wie vor ist sie ein Handlungsfeld, das für uns Kreisrätinnen und Kreisräte eine große Herausforderung darstellt.

Im Oktober hat die Verwaltung die Summe aller Schäden und die kostenmäßigen Auswirkungen dargelegt. Die Zahlen haben uns alle geschockt. Das finanzielle und wirtschaftliche Problem der Kliniken belastet den Kreishaushalt mit 18 Mio. Verbunden mit der Feststellung, dass der Sozialhaushalt für 2014 nicht ausreichte, mussten wir sogar einen Nachtragshaushalt beschließen.

Heute geht es um den Haushalt 2015. Wir sollten uns davor hüten, wieder zu Gunsten der Kreisumlage ein Risiko einzugehen. Uns Grünen ist eine realistische Planung wichtig, die nicht noch einmal einen Nachtragshaushalt erforderlich macht.

Der Kreishaushalt wird weiterhin durch die erheblichen Kosten des Klinikums leiden. Zins und Tilgung und die Folgekosten für die gewaltigen Bauschäden werden den Haushalt auch in den nächsten Jahren schwer belasten. Wir alle haben uns das anders vorgestellt und erwartet, dass der Zuschussbedarf der Kliniken endlich sinkt.

Trotzdem war die Bauentscheidung richtig. Nun müssen wir entschlossen mit allen Beteiligten an einer erfolgreichen Zukunft der Rems-Murr-Kliniken arbeiten. Oberstes Ziel ist eine optimale Gesundheitsversorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger durch unsere Kliniken in Winnenden und Schorndorf. Dafür haben wir die besten Voraussetzungen:

- Wir haben ein sehr gutes medizinisches Konzept,
- ein neues Haus in Winnenden mit einer hervorragenden Ausstattung und Ausstrahlung
- und wir haben hoch qualifiziertes und engagiertes Personal, das mit großem Einsatz für den Erfolg der Kliniken arbeitet.

Auf Dauer muss aber auch eine kostendeckende Finanzierung des laufenden Betriebs sichergestellt werden. Wir Grünen halten es für richtig, dass externe Fachgutachter diesen Prozess unterstützen. Wir werden jedoch immer einen Blick darauf haben, dass die angestrebten wirtschaftlichen Verbesserungen nicht zu Lasten der menschlich zugewandten medizinischen Versorgung oder des Personals gehen. Wir möchten uns bei dieser Gelegenheit bei der Klinikleitung und dem gesamten Klinik-Personal für das Engagement und für alles bisher Geleistete bedanken!

Der Sozialetat ist der größte Brocken im Kreishaushalt. Die Ausgaben steigen Jahr für Jahr. Die moderate Entwicklung in den Jahren 2011 - 2014 haben wir hauptsächlich den höheren Finanzzuweisungen von Bund und Land zu verdanken. Das Ergebnis 2014 zeigt, dass es im Rems-Murr-Kreis viele Menschen gibt, die Unterstützung benötigen. Dies sind Menschen mit Behinderung, ältere Menschen mit Pflegebedarf, Familien die Unterstützung bei der Erziehung benötigen oder Menschen, die in soziale und wirtschaftliche Notlagen geraten sind. Auch von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung im Kreis profitieren nicht alle. Trotz einer hohen Beschäftigung sind mehr als 2.500 Menschen im Rems-Murr-Kreis langzeitarbeitslos.

Für den Sozialbereich und für die Jugendhilfe sind für 2015 insgesamt 148 Mio. eingeplant. Den Fehler vom vergangenen Jahr, mit zu geringen Fallzahlen oder Planansätzen zu rechnen sollten wir nicht wiederholen und deshalb die Steigerung von 7,5% gegenüber der Vorjahresplanung, das entspricht 10,5 Mio., akzeptieren. Eine Reduzierung dieser Kosten ist nur durch eine grundlegende neue Finanz- und Sozialpolitik auf Bundesebene möglich. Dort dürfen die Aufgaben nicht nur an die Kommune delegiert werden, sondern es müssen dafür auch die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Geschieht das nicht, drohen zunehmend Belastungen, die wir aus eigener Kraft hier im Kreis nicht mehr stemmen können.

Als Landkreis sind wir dafür verantwortlich und auch gesetzlich verpflichtet, den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in angemessener Weise zu helfen. Manchmal haben wir den Eindruck, dass dies vergessen wird, beim alljährlichen Jammern und Klagen der Kommunen über die Kreisumlage - allen voran die Bürgermeister. Dabei müssten doch gerade sie ein Interesse daran haben, dass der

Kreis seine Pflichten ernst nimmt und auch „Ihren“ in Not geratenen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort geholfen wird.

Viele Konflikte auf der Welt haben dazu geführt, dass derzeit sehr viele Menschen ihre Heimat verlassen und auf der Flucht sind. Sehr wahrscheinlich werden die Flüchtlingszahlen auch in den nächsten Jahren steigen. Es bedarf der Anstrengungen Aller, um diesen Menschen zu helfen. „Humanität hat Vorrang“ ist das Motto der Grün-Roten Landesregierung und es ist auch das Motto im Rems-Murr-Kreis. Darüber sind wir uns alle einig. Und uns allen ist klar, dass wir in diesem Bereich zunehmend mehr Geld in die Hand nehmen müssen. Sehr engagiert bemüht sich Herr Landrat Fuchs und seine Verwaltung um eine humanitäre und gute Versorgung der bei uns ankommenden Flüchtlinge. Wir wünschen uns eine Unterbringung der Flüchtlinge in kleinen Einheiten. So wird die Integration in das Gemeinwesen erleichtert und das Risiko von Konflikten verringert. Die großen Städte und einige Gemeinden stellen bereits Unterkünfte zur Verfügung. Wir möchten die Gemeinden ermutigen, die dies bisher noch nicht tun, sich hier mit zu engagieren. Nur wenn wir die Aufgabe auf viele Schultern verteilen, können wir sie tragen. Die Bereitschaft in der Bevölkerung, Flüchtlinge in ihrer Not zu unterstützen ist sehr groß. Ohne das Engagement Vieler, die oft ohne großes Aufsehen agieren und helfen, wäre die Situation an den Standorten schwieriger. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle bei all den Ehrenamtlichen herzlich bedanken.

Über all diesen Verpflichtungen sollten wir aber nicht vergessen, unseren Landkreis auf die Zukunft vorzubereiten. Durch die Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes haben wir uns konkrete Ziele gesetzt. Uns Grünen ist es gelungen, dass seit 2013 zusätzliche Mittel für Klimaschutzmaßnahmen eingeplant sind. Mit viel Elan wurden kleinere und größere Maßnahmen durchgeführt oder begonnen. Beispielsweise regte das Erfolgsprojekt Klik viele Menschen zu mehr Nachhaltigkeit und zum Energiesparen an. Eine Fahrradmitnahmeverrichtung für Linienbusse wurde entwickelt und durch den grünen Minister Hermann eingeweiht. Und - die energetischen Sanierungen unserer Immobilien zeigen Wirkung - der Energiebedarf sinkt deutlich. Um das Defizit der Rems-Murr-Kliniken aufzufangen, konnten leider einige Vorhaben und Projekte nicht umgesetzt werden. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Sie sind nun im vorliegenden HH enthalten und müssen zeitnah realisiert werden, um das Klimaschutzkonzept konsequent fortzuführen. Weniger erfreulich ist der Ausbau der erneuerbaren Energien; insbesondere der Windenergie. Positive Beispiele gibt es in nächster Nähe. Bei der Initiative in Ingersheim läuft das Windrad erfolgreich, mit hoher Akzeptanz der Bevölkerung. Hier könnten sich auch Zweifler der Windenergie jederzeit informieren. Es ist höchste Zeit, dass auch im

Rems-Murr-Kreis Windräder für eine saubere Energieerzeugung in Betrieb gehen. Wir fordern das LRA auf, die Planungen zu unterstützen und für schnellstmögliche Genehmigungen zu sorgen.

Klimaschutz und ÖPNV sind nicht voneinander zu trennen. Durch den ÖPNV-Pakt unter Leitung des grünen Verkehrsministeriums wurden die Streitigkeiten um die Zuständigkeit von Region und Landkreisen, insbesondere bei den Busverkehren, beendet. Damit sind die Aufgaben klar verteilt. Mit einer einheitlichen Telefonnummer für die Rufverkehre sowie durch das Projekt „bike and work“ hat die Verwaltung des Rems-Murr-Kreises gezeigt, dass dort gute Ideen entwickelt und umgesetzt werden

Ein anderer Bereich der Zukunftsvorsorge – aber ebenso wichtig - sind Investitionen in Bildung und Erziehung. Trotz erster Widerstände startete der neue Bildungsgang AV-dual im September an vier beruflichen Schulen im Rems-Murr-Kreis. Bei diesem Pilotprojekt haben sich alle Beteiligten an einen Tisch gesetzt und zusammengelegt: Land, IHK, Handwerkskammer und Landkreis. Davon profitieren inzwischen 290 junge Menschen aus dem Rems-Murr-Kreis, mittel- und langfristig aber auch Handwerk und Wirtschaft. Und nicht zuletzt profitiert auch der Landkreis: Mit jedem jungen Menschen, der auf eigenen Füßen stehen kann, werden keine Sozialleistungen benötigt. Der kurzfristige Start war nur durch das sehr hohe Engagement aller beteiligten Stellen, insbesondere aber der Lehrerinnen und Lehrer der Schulen möglich. Dafür herzlichen Dank.

Bei diesen umfangreichen Herausforderungen beschäftigt uns alle die Frage „Wo kann denn überhaupt noch gespart werden?“ Wir alle wissen, die Spielräume im Kreishaushalt sind sehr gering. Er besteht nahezu nur aus Verpflichtungen, denen wir uns nicht entziehen können. Seit ich Mitglied des Kreistags bin, habe ich alljährlich gehört, dass bei den Personalkosten „immer noch Luft drin ist.“ Natürlich geht das, ging ja auch die letzten Jahre, hat immer geklappt! Aber wie kann das sein? Das Geheimrezept heißt: „Freiwerdende Stellen nicht sofort wiederbesetzen“. Das bedeutet, dass zeitweise die immer umfangreicher werdende Arbeit von weniger Personal bewältigt werden muss. Die normale Arbeitszeit kann dafür nicht ausreichen. Was geschieht? Viele engagierte Mitarbeitende bleiben länger und machen Überstunden. Nur für die Statistik: Ende September entsprach die Summe aller Überstunden ca. 20 !!! Vollzeitstellen für ein Jahr. Da wundert es doch nicht, dass auch im Landratsamt immer mehr Menschen auf den Stress am Arbeitsplatz mit Krankheit reagieren. Einige haben bereits den Alarmknopf gedrückt und eine Überlastungsanzeige gemacht.

Auch die Fluktuation in der Verwaltung des Kreises nimmt zu. Warum? Bieten andere Arbeitgeber bessere Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung oder wird dort der berufliche Aufstieg eher ermöglicht? Es wird immer schwieriger gute und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten und zu gewinnen. Ich möchte hier nur ein Beispiel von vielen nennen: In der wirtschaftlichen Jugendhilfe kann eine Stelle seit längerem nicht besetzt werden. Somit gibt es Verzögerungen bei Auszahlungen – trotz Überstunden. Auch können im Jugendamt die Möglichkeiten der Refinanzierung nicht ausgeschöpft werden, aufgrund fehlender personeller Kapazitäten. So entgehen dem Landkreis Einnahmen, die dringend gebraucht würden. Ausdrücklich unterstützen wir die Bestrebungen der Verwaltung, ihre bereits vorliegenden Konzepte zur Bindung und Gewinnung von Mitarbeitenden und die Förderung zukünftiger und aktueller Führungskräfte umzusetzen. Wir sollten uns hier nicht aus der Verantwortung stellen. Uns Grünen ist eine erfolgreich arbeitende, zufriedene Mitarbeiter-schaft in unserer Verwaltung wichtig. Deshalb werden wir Kürzungen im Personaletat nicht zustimmen.

2011 haben wir ein Schuldenabbaukonzept beschlossen. Der Beschluss sah vor, dass – erstens - mit Überschüssen Schulden abgebaut, und – zweitens - zusätzlich jährlich 2 Mio. für den Schuldenabbau in den HH eingeplant werden sollten. Der erste Teil hat geklappt, der zweite bisher nie! Auch dieses Jahr sind wir davon weit entfernt. 2015 sollen 11,1 Mio. neue Schulden aufgenommen werden. Dies ganz im Sinne der Kommunen, da somit die Kreisumlage nicht noch weiter als geplant erhöht werden muss. Wir Grüne tragen diesen Vorschlag schweren Herzens mit. Allerdings nur mit der klaren Vorgabe, dass wichtige Maßnahmen wie energetische Sanierungen, die auch zu Einsparungen in der Zukunft führen, nicht wieder verschoben werden. Außerdem sollen alle Einnahmeverbesserungen zur Reduzierung der Schuldenaufnahme und nicht zur Senkung der Kreisumlage verwendet werden.

Bei den Freiwilligkeitsleistungen könnten durch 27 kleinere und größere Beträge Einsparungen in Höhe von insgesamt 122.000 € erzielt werden. Das sind 0,025%-Punkte der Kreisumlage!! Also im Verhältnis zum Gesamthaushalt ein verschwindend geringer Betrag.

Für soziale und kulturelle Einrichtungen oder Projekte wie z.B. DRK, Feuerwehr und Kreissenio-renrat würden die gekürzten Beträge aber eine unerwartete Finanzierungslücke bedeuten. Für uns Grünen sind die Freiwilligkeitsleistungen auch Ausdruck der Wertschätzung für die engagierte und meist ehrenamtliche Arbeit verschiedener Gruppierungen. Sie übernehmen viele wichtige Aufgaben,

die aus öffentlichen Mitteln nicht finanziert werden können. Wir stimmen daher den vorgeschlagenen Kürzungen der Freiwilligkeitsleistungen nicht zu.

Die dem Einfluss der Verwaltung unterliegenden Positionen wie z.B. Partnerschaften oder Gemeinschaftsveranstaltungen sollten allerdings zukünftig sparsamer bewirtschaftet werden. Vielleicht bleibt dann unterm Strich sogar mehr als 20% übrig. Den Kürzungen bei den Geschäftsausgaben der Fraktionen stimmen wir zu. Wir unterstützen:

- den Antrag der Erlacher Höhe für die Weiterfinanzierung der EH-Mobils. Es gibt kein vergleichbares
- niederschwelliges Angebot und es bewahrt Menschen u.U. vor einem weiteren sozialen Abstieg, der auch mit der Inanspruchnahme von Sozialleistungen verbunden wäre.
- den Antrag der Paulinenpflege Winnenden, auf Erhöhung der Personalkosten je Fachkraft auf zukünftig 56.000 € jährlich, da die 2008 vereinbarten Beträge nach mehreren Tarifrunden nicht mehr ausreichen.
- den Antrag von Kreisdiakonieverband und Caritasverband zur Co-Finanzierung des Projektes HaLT. Das Projekt wird zu 2/3 durch Spenden finanziert und kann nur durch die Finanzierungszusage des Landkreises in Höhe von 3.500 € jährlich fortgesetzt werden.

Aktuell sehen wir keinen Spielraum, die vorgeschlagene Kreisumlage in Höhe von 38,5 % zu senken. Damit fordert der Kreis von den Kommunen 12,7 Mio. mehr als im vergangenen Jahr. Trotzdem sollten wir nicht den gleichen Fehler wie 2013 machen und im Herbst feststellen, dass die Realität eine andere ist. Wir wissen, das ist ein saurer Apfel für die Kommunen, wir möchten aber auch darauf hinweisen, dass die Kommunen in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang von Verbesserungen durch die Grün-Rote Landesregierung profitiert haben. Mio. flossen durch die Drittelfinanzierung bei der Schulsozialarbeit und durch den Betriebskostenzuschuss bei den Kitas auch in die Gemeindekassen. Auch an die 2,3 Mio. Bundesmittel zur Stärkung der Kommunalfinanzen möchten wir erinnern.

Sicherlich hätten die Gemeinden die nun geforderte Mehrbelastung vor Ort sinnvoll einsetzen können. Aber der erhöhte Bedarf für steigende Sozialleistungen ist nun mal Fakt und trägt zum Wohle vieler im Rems-Murr-Kreis lebenden Menschen und somit auch der Kommunen bei.

Zum Schluss möchte ich die Bürgermeister und Gemeinderäte bitten, dass Sie bei der Abstimmung nicht vergessen, ihren Hut zu wechseln und den HH wenigstens ein Stückweit durch die Brille des Rems-Murr-Kreises, als Kreisrat, zu betrachten.

Vielen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes für die engagierte Arbeit und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Kreisrat Haußmann führt für die **FDP/FW-Kreistagsfraktion** aus:

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

noch nie war der Rems-Murr-Kreis bekannter als in diesem Jahr. Insbesondere 3 Umstände haben entscheidend dazu beigetragen. Der Rems-Murr-Kreis hat 40 Jahre nach der Kreisreform seit dem 2.12.2013 gemeinsam mit dem Bördekreis in Sachsen-Anhalt mit dem Kfz-Kennzeichen BK das einzige Doppelkennzeichen bundesweit. Auf rund 60.000 BK-Kombinationen haben wir Zugriff, Anfang Oktober 2014 waren 7.821 BK-Kennzeichen vergeben.

Der 2. Punkt ist der innovative und überzeugende Einsatz der Hagelflieger. „Hagelflieger macht im Land Furore“ titelte am 7.11.2014 die Backnanger Zeitung. Der Nutzen scheint inzwischen vielfach anerkannt zu werden. Spätestens nach dem verheerenden Unwetter im Sommer 2013 im Raum RT/TÜ nimmt sich auch die Versicherungswirtschaft dieses Themas an, v.a. aber steigt sie endlich in die Finanzierung mit ein. Der 3. Punkt schließlich betrifft die Rems-Murr-Kliniken, die u.a. mit den wohl prominentesten Wasserschäden weit über unsere Kreisgrenzen Bekanntheit erlangt haben. Dabei gäbe es bei uns allerhand Erfolgsmeldungen, die es verdient hätten, mehr ins Bewusstsein unserer Kreisbürger zu gelangen.

Eine Erfolgsstory ist unsere Abfallwirtschaft, die neben serviceorientierten Leistungen in Sachen Klima- & Umweltschutz vorbildlich unterwegs ist. Z.B. mit dem Bau der Bio-Vergärungsanlage. Die Abfallgebühren für Haushalte & Kleingewerbe liegen rund 14 € niedriger als im Jahr 2000. Es gab Zeiten, da hat den Rems-Murr-Kreis die Abfallwirtschaft mehr beschäftigt als heute unsere Krankenhäuser – vielleicht ein positiver Merkposten für die Klinikdebatte. Eine Erfolgsstory ist auch unser integriertes Klimaschutzprogramm. Ein besonderes Merkmal des „Klimaschutz-plus-Programms“ ist die Vielfalt von kleineren & größeren Projekten. Unsere Fraktion hat sich dabei immer dafür einge-

setzt, dass die rund 3 Mio. € HH-Mittel verstetigt werden, mit denen wir den Sanierungsrückstau reduzieren. Dennoch erfordert die HH-Lage eine Prioritäten-Planung mit dem Ansatz, wo & wie man mit dem finanz. Mitteleinsatz die größtmögliche Klimaschutzwirkung erzielen kann. Eine Aufgabe, die unsere Kreisbaugruppe mit ihrer immobilienwirtschaftlichen Kompetenz übernehmen kann.

Eine Erfolgsgeschichte sind neben den Kreissonderschulen und Sonderschulkindergärten unsere beruflichen Schulen mit über 11.000 Schüler/innen. Die duale Ausbildung ist der Garant einer geringen Jugendarbeitslosigkeit in unserem Lande – dank unserer engagierten Betriebe mit ihren Ausbildern, dank unserer engagierten Lehrer/innen. Die Ausgaben für unsere beruflichen Schulen sind gut angelegte Zukunftsinvestitionen. Der Aufbau konkurrierender Doppelstrukturen wie etwa die Einrichtungen von eigenen Oberstufen an den Gemeinschafts- und Realschulen sind abzulehnen. Sie binden zusätzliche finanzielle Ressourcen und sind die falsche Antwort auf rückläufige Schülerzahlen. Gut ausgebaute, betriebsnahe und modern ausgestattete Berufsschulen für Ausbildungsbetriebe und die jungen Menschen sind attraktivere, zukunftsorientierte Alternativen als die Mär von einer zunehmenden Akademisierung der Bildung.

Zur Erfolgsgeschichte gehört auch der ÖPNV, wenn auch der Eindruck aufgrund der S-Bahn-Unpünktlichkeit und des historischen Wagenmaterials nicht gerade die Faszination am Bahnfahren steigern. In den vergangenen Jahrzehnten konnte der ÖPNV in der Region Stuttgart deutlich verbessert werden. Im VVS-Verbundgebiet zählte man 2012 über 338 Mio. Fahrten. Das Finanzgeflecht des ÖPNV ist nur was für Verkehrsspezialisten, unser Verkehrsexperte Prof. Weller kritisiert seit Jahren die Intransparenz der Finanzstrukturen. Ab 2015 kommen 2 Mio. € zusätzliche Ausgaben des Landkreises für die Linienverkehre hinzu. Der sog. ÖPNV-Pakt wird geradezu als historischer Meilenstein gefeiert, der allerdings in erster Linie durch die Landkreise zu finanzieren sein wird. Allein die ersten Maßnahmen mit den Expressbussen wird den Kreis gemäß der UVA-Vorlage zusätzlich mit rund 1 Mio. € belasten. Einige Regionalräte fordern Investitionen in gebührenfreie P&R-Plätze. So wichtig ein leistungsfähiger & kundenorientierter ÖPNV ist, so wenig darf die finanzielle Belastung für die Landkreise aus den Augen verloren werden.

Gerade der Haushaltsentwurf 2015 verpflichtet uns mehr denn je, neue finanzielle Belastungen kritisch zu prüfen, ob sie zwingend vom Landkreis zu erledigen sind. Z.B. das Thema Breitband. Wir unterstützen es, wenn unsere Wirtschaftsförderung – durchaus auch mit dem Verband Region Stuttgart gemeinsam - das Thema Breitband als Dienstleister und Koordinator aufgreift. Die Investitionen in den weiteren Ausbau der Breitbandversorgung ist aber Sache des Landes und der Kom-

munen. Die Landesregierung rechnet mit Steuereinnahmen von 32,6 Mrd. € im kommenden Jahr und 33,6 Mrd. € in 2016. Gegenüber 2010 ist das eine Steigerung um über 35%. Wenn sich die Steuereinnahmen so entwickeln, dass Dagobert Duck seine wahre Freude hätte, braucht unser Landkreis keine Freiwilligkeitsleistungen in den Breitbandausbau stecken.

Es lauern in mehreren Bereichen Mehrkosten durch Landesentscheidungen, bei denen die Ausgaben nicht oder nicht in vollem Umfang übernommen werden. Das Landespersonalvertretungsgesetz ist so ein unnötiges Beispiel, dass für die Kreise und viele andere öffentliche Organisationen zu hohen Mehrkosten führt, weil die zusätzlichen Personalfreistellungen wieder besetzt werden müssen. Konnexität Fehlanzeige. Die Förderkriterien im Straßenbau wurden zu Lasten der Kommunen und Kreise verändert. Im Haushalt sind 7,9 Mio. € Mehraufwendungen im Asylbereich geplant. Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung und sind Landrat Johannes Fuchs für seine klare Haltung dazu dankbar. Die Landkreise brauchen zumindest bei Unterkunft und Gesundheitsfürsorge zusätzliche Kostenerstattungen. An dieser Stelle bedanke ich mich besonders bei allen Mitarbeitern und ehrenamtlichen Helfern, die sich dafür einsetzen, dass die Flüchtlinge im Kreis menschenwürdig untergebracht und versorgt werden.

Die Landkreise werden durch die vollständige Übernahme der Kosten im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung deutlich entlastet. Ohne diese Maßnahme der schwarz-gelben Bundesregierung hätte der RMK 2015 rund 15 Mio. € Mehrausgaben anzusetzen. Trotz dieser gewaltigen Entlastung steigt der Gesamtzuschussbedarfs für den Sozialbereich um 7,5%. Ein Fass ohne Boden, so scheint es – und dies in wirtschaftlich exzellenter Zeit. Ein Hoffnungsschimmer am Horizont ist die weitere Entlastung bei der Eingliederungshilfe – 2020 immerhin 7,5 Mio. €, in der Endstufe dann ca. 26 Mio. €. Gerade im Hinblick auf unsere großen Einrichtungsträger ist die Hilfe für Menschen mit Behinderungen eine wichtige Aufgabe. Der Rems-Murr-Kreis verfügte 2007 mit knapp 1.500 Plätzen absolut über die höchste Zahl an stationären Plätzen in Baden-Württemberg. Wir haben ein sehr breites und differenziertes Angebot und eine hohe Trägervielfalt. Damit trägt unser Kreis eine besondere Verantwortung auf den Erhalt dieser Einrichtungen, nicht nur für die Menschen mit Behinderungen, sondern auch für die Mitarbeiter. Der am 22.10.2007 verabschiedete Kreisbehindertenplan enthält Bedarfsvorausschätzungen bis 2015. Deshalb haben wir am 11.09.2014 beantragt, dass die Verwaltung dem Sozialausschuss berichtet, wie die weitere Fortschreibung vorgesehen ist. Warum ist das wichtig? In den letzten 7 Jahren hat sich im Bereich der Hilfe für Menschen mit Behinderungen vieles getan. Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde ratifiziert, Komplexträger haben begonnen, ihre Einrichtungen zu dezentralisieren. Diese neue Ent-

wicklung darf aber nicht dazu führen, dass Einrichtungen in ihrer Existenz gefährdet werden. Auch die schulische Inklusion ist in den Blick zu nehmen. Die FDP/FW-Fraktion möchte, dass wir hier auch weiterhin Maßstäbe in der Sozialplanung für wesentlich geistig, körperlich und sinnesbehinderte Menschen setzen. Die seit Samstag vorliegende Stellungnahme der Verwaltung für den Sozialausschuss geht prinzipiell in die richtige Richtung, die vertiefte und erweiterte Berichterstattung muss aus unserer Sicht auch das Thema Barrierefreiheit mehr in den Blick nehmen.

Nachdem der Nachtragshaushalt 2014 in geradezu artistischer Kreativität ohne rückwirkende Mehrbelastung der Kommunen verabschiedet werden konnte, kommen wir 2015 nicht um eine Erhöhung der Kreisumlage herum. Die von CDU, SPD und Freien Wählern im letzten Jahr geforderte 50:50-Aufteilung der Steuerkraftentwicklung ist bereits nach einem Jahr Makulatur. Unsere Fraktion hatte sich stets dafür ausgesprochen, dass dies nur ein Orientierungswert sein kann, keinesfalls aber eine feste Regelung. Die außerordentlich negative Ergebnisentwicklung unserer Rems-Murr-Kliniken lässt 2015 eine solche Aufteilung nicht zu.

Viele Maßnahmen zu HH-Konsolidierung wurden von der Verwaltung bereits aufgegriffen. Wie immer stehen dann am Ende die Freiwilligkeitsleistungen zur Disposition. Es ist noch nicht lange her, als wir eine pauschale Kürzung vorgenommen hatten. Damals haben wir hoch und heilig versprochen, dass diese Kürzung eine Ausnahme bleibe. Mit dem neuerlichen Kürzungsvorschlag der Verwaltung werden wir den Haushalt nicht sanieren, so viel steht fest. Die FDP/FW-Fraktion wird einer 20%igen pauschalen Kürzung nicht zustimmen. Mein Fraktionskollege Jürgen Hofer hat dazu auch den anderen Fraktionen im Vorfeld dargestellt, wie ungerecht eine pauschale Kürzung für die einzelnen Empfänger ist. Einen entsprechenden Antrag dazu behalten wir uns vor. Wie sollen wir beispielsweise eine 20%ige Kürzung beim Zuschuss Opfer Täter nach häuslicher Gewalt erklären? Zwischenzeitlich besteht eine 6-monatige Warteliste und präventive Beratung ist schon jetzt kaum möglich, um künftige häusliche Gewalt in der Beziehung bzw. in der Familie zu verhindern. Eine Kürzung könnte am Ende vielleicht kurzfristig Geld sparen, insgesamt aber deutlich höhere staatliche Ausgaben nach sich ziehen. Hier müssten wir also eher über eine Aufstockung nachdenken. Es entspricht unserem liberalen Leitbild, den Staat und die öffentliche Hand nur dann einzuspannen, wenn andere Träger es nicht leisten können. Ansonsten ist es besser, diese Träger zu unterstützen. Wir beantragen aber, dass die Verwaltung kommendes Jahr die einzelnen Leistungen prüft, ob sie angemessen sind oder angepasst werden müssen – nach unten oder nach oben.

Der Haushalt 2015 ist mit einem Umlagesatz für die Kreisumlage von 38,5% eingebracht. Incl. der jüngsten Verbesserungen sind es aktuell 38,3%. Die Verschuldung zum 31.12.2015 ist mit 74,3 Mio. € geplant. Im Haushaltsplan 2012 sah es noch ganz anders aus. Damals lag die Prognose für das Jahr 2015 bei einer Verschuldung von 103,8 Mio. €, also knapp 30 Mio. € höher. Dafür gibt es div. Ursachen. Eine davon sind auch die bis 2012 deutlich niedrigeren jährlichen Klinik-Verluste gegenüber der Planung, nicht zuletzt aufgrund der deutlich gestiegenen Fallzahlen. Vergleichen wir die im Jahre 2008 geplanten Verluste bis 2012 mit den tatsächlichen Ergebnissen, so liegen die kumulierten Jahresfehlbeträge um rund 28 Mio. € niedriger. Erst 2014 stellt sich eine extreme Ergebnisverschlechterung dar. Die FDP/FW-Fraktion ist deshalb der Meinung, dass man im Hinblick auf die deutlich günstigere Entwicklung der Landkreisverschuldung das in 2015 anfallende hohe Klinikdefizit nicht im geplanten Umfang in der Kreisumlage berücksichtigen sollte. Die Zuweisung an die Rems-Murr-Kliniken steigt laut HH-Planentwurf 2015 gegenüber dem Planansatz 2014 um 4,6 Mio. € auf 21,1 Mio. € an. Diese zusätzliche Zuweisung in Höhe von 4,6 Mio. € sollte unseres Erachtens der Kreis alleine erbringen. Damit reduziert sich der Umlagesatz für die Kreisumlage um rund 0,87% (Gesamt: 37,43%). Aufgerundet ergibt sich 37,5% - vorbehaltlich weiterer evtl. Verbesserungen.

Die betriebswirtschaftlichen Herausforderungen der Rems-Murr-Kliniken sind gewaltig. Die ersten Maßnahmen dazu sind bereits eingeleitet. Sie werden alle Verantwortlichen intensiv beschäftigen und einen besonderen Einsatz abverlangen. Die Klinikleitung ist auch deswegen zu einem transparenten Zukunftskonzept verpflichtet, weil im Gegensatz zur Gesundheitsversorgung viele Bereiche zu den gesetzl. Pflichtaufgaben des Kreises gehören. Auch medizinische und/oder strategische Partnerschaften über den Landkreis hinaus sind mögliche Potenziale, die wir nicht generell ausschließen sollten.

Liebe Kolleg/innen, die stationäre Gesundheitsversorgung im Rems-Murr-Kreis hat mit dem Klinikneubau ein bemerkenswertes medizinisches Niveau erreicht. Dank einer hochwertigen Ausstattung, kompetentem medizinischen & pflegerischen Personal, sorgen wir für eine hervorragende Versorgung unserer Patienten. Wir sind überzeugt, dass nach dieser bes. Herausforderung der Neuorganisation nun die Patientenorientierung mehr und mehr in den Fokus genommen wird. Die Gesundheitszentren in Schorndorf, Backnang und Winnenden sind medizinische Aushängeschilder. Das Land hat ein Gesundheitsleitbild entwickelt und auf der Ebene der Landkreise regionale Gesundheitskonferenzen eingerichtet, jedoch bisher ohne konkrete Zielrichtungen. Nutzen wir diese Chance und machen uns zum Vorreiter eines gesunden Landkreises in Baden-Württemberg. Ideale Start-

Voraussetzungen sind vorhanden. Die FDP/FW-Fraktion beantragt deshalb, dass die Verwaltung im Rahmen der regionalen Gesundheitskonferenz einen Leitfaden für einen gesunden Rems-Murr-Kreis entwickelt. Bei der finanziellen Situation unserer Kliniken und des Landkreishaushalts erwarten wir die volle Unterstützung der Klinikleitung und der Verwaltung. Es nützt nichts, Optimist zu sein, wenn man nicht gleichzeitig aktiv ist. Denken wir dabei an den sich abzeichnenden Ärztemangel. Denken wir auch an unsere älteren Mitbürger und vor allem an unsere Demographie. Ökonomisch sind wir Deutschen unter den ersten 10 Nationen der Welt, bei der Kinderzahl sind wir unter den letzten 10. Die Gesundheit der Menschen wird immer wichtiger, im Alter wollen wir möglichst selbstbestimmt leben und teilhaben. 2012 hatte unsere Fraktion zusätzlich zum Pflegestützpunkt ein Kompetenzzentrum Inklusion & Pflege für unseren Kreis vorgeschlagen. Mit der 2013 völlig neu konzipierten „Werkstatt Wohnen“ beim KVJS in Stuttgart steht auch den Rems-Murr-Bürgern ein Leuchtturmprojekt zur Verfügung, wie wir es angeregt hatten. Wenn man im Internet unter dem Stichwort Gesunder Landkreis nachschaut, zeigen die Suchmaschinen v.a. bayerische Landkreise wie Coburg, Würzburg, Passau oder Bamberg an. Unsere Vision ist es, dass der Gesunde Landkreis Rems-Murr im Internet ganz oben zu finden ist. Visionen brauchen Fahrpläne. Zum Beispiel könnte der Leitfaden einen Gesundheitsgipfel vorsehen und alle Beteiligten im Gesundheitsbereich unseres Kreises vernetzen.

Zusammen mit der von Landrat Fuchs in seiner Haushaltsrede angekündigten Personalentwicklungsoffensive des Landkreises können wir Meilensteine setzen, die auch eine betriebliche Gesundheitsförderung mit einbezieht und Vorbild für andere Unternehmen und Organisationen ist. Die Prävention erhält mit dem neuen Präventionsgesetz neue Impulse. Damit unterstützen wir auch unsere engagierten Mitarbeiter beim Landkreis & allen Landkreisgesellschaften, bei denen wir uns herzlich für ihren Einsatz bedanken möchten.

Bleibt mir abschließend der Dank an unseren Landrat Johannes Fuchs. Mit beeindruckender Energie setzen Sie sich auch in diesem Jahr für die Menschen im Rems-Murr-Kreis ein. Sie verbinden die dem Landkreis zugewiesenen Aufgaben mit einer überzeugenden Orientierung an den Bedürfnissen, Sorgen und Anforderungen der Bürger/innen. Sie stehen mit Ihren Mitarbeitern für eine moderne Verwaltung. Möge Ihnen auch im kommenden Jahr diese Energie und Standhaftigkeit zur Verfügung stehen, ganz nach Friedrich Schiller: Wer etwas Großes leisten will, muss tief in die Aufgaben eindringen, scharf unterscheiden, vielseitig verbinden und standhaft beharren.

Kreisrätin Medeck legt für die **AfD** dar:

Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
liebe Kolleginnen und Kollegen
sehr geehrte Gäste und Vertreter der Presse,

Heute geht es bei uns so ähnlich zu wie bei Herrn Günther Jauch in seiner Quizsendung „Wer wird Millionär?“. Wenn auch nicht ganz so lustig, denn unsere Themen sind alles andere als heiter. Aber auch bei uns gibt es eine Menge schwieriger Fragen, auf die wir Antworten finden müssen – allerdings mit dem kleinen Unterschied, dass uns nicht sofort ein großer Geldbetrag als Belohnung winkt, für den wir sicherlich auch Verwendung finden würden.

Damit komme ich auch schon zum ernsten Teil meiner Rede und zwar zu unseren Haushaltsthememen. Wie bereits von meinem Kollegen Christian Throm in der Eröffnungsrede zur Haushaltsdiskussion betont, ist der AfD eine solide und nachhaltige Finanzpolitik ein Kernanliegen. Ein Haushalt, der mit einem Schuldenstand von 74 Mio. € einen neuen Negativrekord ausweist, kommt diesem Anliegen nicht einmal ansatzweise entgegen! Unsere Position an dieser Stelle ist ganz klar und deutlich, ich zitiere hierzu einen Auszug aus unseren kommunalpolitischen Leitlinien:

„Wir dürfen nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen leben, auch wenn dies Einschnitte und Belastungen für die jetzige Generation mit sich bringt und damit auf manches Sinnvolle oder Wünschenswerte verzichtet werden muss.“.

In der Beschlussfassung zum Nachtragshaushalt 2014 haben wir uns der Verantwortung gestellt und diesen Nachtragshaushalt schweren Herzens mitgetragen, da das Kind bereits in den Brunnen gefallen war. Hier war nicht der Zeitpunkt darüber zu streiten, warum und durch wessen Verantwortung dies geschehen konnte – nein, die sofortige Rettung stand im Vordergrund. Wenn es nun aber darum geht, diese Rettung weiter zu führen und den Brunnen gleichzeitig unfallsicher zu machen, darf es für uns ein „weiter so“ im Stil der bisherigen Haushaltspolitik keinesfalls geben.

Aufgrund der katastrophalen finanziellen Situation der Rems-Murr-Kliniken, die den Haushalt 2015 alleine bereits mit 22 Mio. € Defizit belasten werden, muss unsere finanzpolitische Prämisse hier noch deutlich verschärft werden: Es kann nicht mehr nur um den Verzicht „auf manches Sinnvolle

und Wünschenswerte“ gehen! Nein, in diesem und den kommenden Kreishaushalten wird es außerhalb dessen, was uns gesetzlich auferlegt ist, kaum noch Tabus geben dürfen.

Warum „kaum noch“ und nicht „keine“ Tabus? Es ist unumstritten, dass es Bereiche gibt bei denen Einschnitte nicht zielführend sind. Unter der Überschrift „Vorrang für Familie und Bildung“ haben wir Leitlinien definiert, nach denen die Bedürfnisse von Familien und Kindern in den kommunalpolitischen Entscheidungen zu berücksichtigen sind und denen insbesondere bei der Finanzplanung ein hoher Stellungswert eingeräumt wird. Diesem Leitprinzip bleiben wir bei allen notwendigen Einsparungsmaßnahmen verpflichtet.

Somit ist für uns der Handlungsrahmen abgesteckt: in diesem und den kommenden Haushalten gibt es deshalb nur die Priorität des Sparens, wobei nicht das Wort in seiner eigentlichen Bedeutung zu verstehen ist, sondern es geht tatsächlich erst einmal ausschließlich darum, weniger auszugeben. Mit dem „Sparen“ – für die Zukunft – können wir wahrscheinlich noch lange nicht beginnen. Als Neulinge in diesem Kreistag fehlt uns natürlich die Erfahrung der etablierten Parteien und langjährigen Kreisräte, das Mammutwerk Haushalt in der Kürze der Zeit angemessen zu durchdringen. Aber mit einem frischen, unvoreingenommenen Blick auf die Dinge können wir zumindest eines feststellen: Wir müssen uns ein Ziel setzen, mit dem die Defizit- und Schuldenproblematik dieses und zukünftiger Haushalte durchbrochen wird.

Demnach muss unseres Erachtens jetzt ein erster Schritt der Haushaltskonsolidierung in einem Umfang erfolgen, der den Schuldenstand des Kreises zumindest wieder unter die Marke von 60 Mio. € drückt und sich damit dem Schuldenstand des Jahres 2013 wieder ein Stückweit annähert. Ohne den Gesamtblick auf alle Kostenarten aus dem Auge zu verlieren, kann in einer solchen Situation der 64 Mio. € hohe Kostenblock der Personalaufwendungen nicht ausgespart bleiben, womit selbstverständlich auch die Verwaltung des Kreises gefordert ist. Wir haben im Rahmen unserer Möglichkeiten drei Anträge formuliert, mit dem Ziel Kosten einzusparen.

Mit großem Interesse und grundsätzlicher Zustimmung haben wir daher zur Kenntnis genommen, dass die Fraktionsvorsitzenden der SPD, der Freien Wähler und der CDU zu Beginn der Haushaltsberatungen rigide Sparmaßnahmen für den Haushalt 2015 eingefordert haben. Unabhängig vom jetzigen Etatentwurf müssen wir weitere Möglichkeiten, Kosten zu senken, prüfen. Denjenigen Fraktionen im Kreistag, die es mit dem rigiden Sparen ernst nehmen, bieten wir daher ganz ausdrücklich

unsere Unterstützung an. Nur unter der Voraussetzung, dass alle Spielräume für Einsparungen genutzt werden, sind wir bereit, einer Erhöhung der Kreisumlage zuzustimmen.

Eine klare Absage dürfen wir abschließend jeglicher Versuchung erteilen, welche schon in die Diskussionen eingebracht wurde. Das laute Nachdenken darüber, „dass in Niedrigzinszeiten weitere Schulden kein Tabuthema sein dürften, um die Herausforderungen zu meistern“ ist der klassische Irrweg, der auf allen politischen Ebenen regelmäßig beschritten wird: In schwierigen Zeiten werden die Schulden erhöht und in guten Zeiten vergisst man Tilgung und Sparen, wenn nicht gar selbst dann noch zusätzliche Schulden gemacht werden.

Für den Rems-Murr-Kreis ist allerspätestens jetzt der Zeitpunkt gekommen, die Verantwortung wahrzunehmen und nicht auf Kosten der uns nachfolgenden Generationen die Probleme in die Zukunft zu verschieben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Kreisrat Kober gibt den nachstehenden Redebeitrag für **Die Linke** ab:

Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
liebe Damen und Herren der Kreisverwaltung, sehr geehrte Gäste und Vertreter der Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,

ich bin neu im Kreistag und ich stehe vor einer spannenden Aufgabe zusammen mit Ihnen. Ich verlasse mich für dieses Jahr auf die hoffentlich positiven Vorschläge der anderen Fraktionen. Diese sollten sich allerdings an folgenden Zielen und Grundsätzen ausrichten:

Einnahmen

Die Kreisumlage ist sicherlich zu erhöhen, denn sonst ist kein solider Haushalt 2015 machbar. Das schmerzt leider die Gemeinden. Gerade deshalb müssen wir durch

- eine gerechten Einbeziehung großer Vermögen und Einkommen und
- durch eine Änderung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefortschrittssteuer - in der alle Kapitalgesellschaften, alle gewerblichen Unternehmen und alle anderen Selbstständigen steuerpflichtig sind - eine bessere, konjunkturunabhängige finanzielle Ausstattung der Kreise und Gemeinden sicherstellen.

Doch das ist eine Sache, die in Berlin entschieden wird.

Ausgaben

Unabhängig von der Krankenhausthematik, zu der ich noch komme, ist Tatsache, dass Bund und Land es immer wieder ablehnen, ihren Anteil zu übernehmen, und nach dem Motto "den Letzten beißen die Hunde", müssen die Kommunen dafür herhalten. Die finanziellen Spielräume der Kommunen wurden und werden immer weiter eingeschränkt, während die privaten Gewinne gleichzeitig explodieren. Wir sind im Kreis mit 850 € pro Kopf - einschließlich der kommunalen Unternehmen - verschuldet. Kommen noch 975 € aus den Gemeinden (Zahl ist vom Statistischen Landesamt BW) hinzu, scheint mir dieser Wert für die Kommunen nicht allzu schlecht zu sein. Denn den öffentlichen Schulden steht in Deutschland ein weitaus größeres privates Netto-vermögen gegenüber, so dass die Staatsverschuldung aus makroökonomischer Sicht durchaus entspannt ist. Nach Berechnungen des DIW war das private Nettovermögen im engeren Sinne 2009 3.000 % höher wie das Bruttoinlandsprodukt. Demgegenüber nimmt sich die Staatsschuldenquote in Höhe von 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts noch recht moderat aus. Kurz gesagt: Wir haben viermal mehr Vermögen als Staatsschulden. Also müssen wir das Geld anders verteilen. Wir stehen auch hierfür an Ihrer Seite, meine Damen und Herren. Aber was mit uns nicht geht, sind Veränderungen auf dem Rücken der Rentner, der Behinderten, der Hartz-IV-Empfänger, der Ausländer, der Alleinerziehenden, der Schüler, denn die können sich nicht wehren, weil sie keine Lobby haben.

Asyl

Deutschland nimmt absolut gesehen am meisten Asylanten in der EU auf. Aber nimmt man das pro Kopf Einkommen hinzu, sind wir erst an neunter Stelle von 28 EU-Ländern. Insofern ist das „Jamern auf hohem Niveau.“

47.000 kommen aus Syrien, Afghanistan, Irak usw. Überwiegend aus Ländern für die ihre gescheiterte Außenpolitik verantwortlich ist, die immer zuerst nach dem „großen Bruder“ USA fragt - anstatt endlich mal die UNO ins Boot zu holen.

32.000 kommen aus Osteuropa. Der Herr Landrat hat diese Länder - wie die Bundesregierung - als "Sichere Drittländer" bezeichnet. Auch hier muss ich widersprechen: Die Menschenrechtssituation in diesen Ländern lässt die Einstufung als "sichere Herkunftsstaaten" nicht zu. Minderheiten werden extrem diskriminiert. Roma leben oft in Slums am Rande der Gesellschaft - meist ohne Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung, Wasser oder Elektrizität. Selbst dort sind sie von Zwangsräu-

mungen bedroht. Hetze und rassistische Angriffe sind an der Tagesordnung. Eine unvoreingenommene Prüfung des Einzelfalls ist das Herzstück des Asyl-rechts. Das Konzept der "sicheren Herkunftsstaaten" widerspricht dem. Die Anträge werden in der Regel ohne faire Einzelfallprüfung als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt.

Mit der Forderung nach einem entsprechenden Einwanderungsgesetz, mit notwendigen Verbesserungen im Sozialrecht oder beim Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende dürfen keine Kompromisse gemacht werden. Solange die Politik in Berlin hier tatenlos zusieht, sind "Flüchtlinge willkommen". Wir sind aber mit ihnen der Ansicht, dass die Kopfpauschale des Landes nicht sein kann. Gerade weil in Ballungsräumen der Preise höher sind, müssen zumindest die Kosten der Unterbringung vom Land übernommen werden.

Ich persönlich hätte mir durchaus vorstellen können, die ehemaligen Krankenhäuser in Backnang und Waiblingen für sagen wir jeweils 200 - 300 Asylanten herzurichten. Eine „Ghettoisierung“ sehe ich nicht, wenn es gelingt die ethnischen Gruppen harmonisch zu gestalten.

- Denn wenn ich nach Berlin blicke, wird der Druck - siehe vorher „USA statt UNO!“ - Asylanten aufzunehmen leider bestehen bleiben, und die Wohnungsnot noch größer!
- Viele Gemeinden haben sich bereit erklärt, Wohnraum bereitzustellen, diesen gilt unser besonderer Dank! Aber ich glaube, auch diese Kapazität wird schnell an ihre Grenzen stoßen, und wir wollen doch keine Turnhallen anbieten!

4. Krankenhaus

Unser Vorgänger Dominik Rathgeb hat sich gegen die Rems-Murr-Kliniken in privat- rechtlicher Form gewehrt, doch jetzt scheinen wir als Kreistagsgruppe „mitgefangen und mitgehungen?“ Das kann nicht sein!

Ich habe mir die „Analyse der Planungsgrundlagen noch einmal angesehen:

Die Ärzte sollen konstant bleiben, die Mitarbeiteranzahl soll sinken. Der CMI soll von 0,92 auf 1,03 im Jahr 2019 steigen.

Steigerung der Patientenzahl im Jahr 2019 auf 5.650?

Diese Steigerungen sollen durch "Druck des Marketings" erzeugt werden.

Die durchschnittliche Liegedauer der Patienten soll 2019 bei 5,6 Tagen liegen

(derzeit 7,8).

Die "Leistung" der RMK soll bis 2019 um 25 % steigen.

Ich kann dazu nur sagen: "Tolle Tricks - bloß klappen müssen sie!"

Deshalb: „Ein Ende mit Schrecken ist besser, als ein Schrecken ohne Ende!“ Führen wir die Rems-Murr-Kliniken in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform zurück, und verwalten sie so, wie es den Menschen die darin auf Genesung hoffen, würdig ist.

Wenn nicht – sehe ich schon jetzt, dass in ein paar Jahren der nächste Schritt kommen wird: "Die Privaten könnet's besser, mir verkauft des Glomb."

Für die Gesundheit müssen immer mehr Leistungen erbracht werden. Wo man das Geld herholt, das sagen wir LINKE in Berlin. Hier im Kreis ist für uns vor allem wichtig, das gute Pflege ist nur mit zufriedenen Mitarbeiterinnen in den Krankenhäusern möglich ist, darum darf der Beschäftigungsschlüssel nicht abgebaut werden, damit ein menschenwürdiges Miteinander und Füreinander möglich bleibt.

5. Kinder und Bildung

Kinder und Jugend sind unsere Zukunft. Statt die Gelder für diese zu kürzen, sollte mehr gefördert werden.

Umwelt

DIE LINKE steht für eine soziale Umweltpolitik.

Nur wenn die Kosten für Umweltschutz sozial gerecht auf die Schultern der Bürger verteilt werden, entsteht auch eine breite Akzeptanz. Das vom Kreis erarbeitete Klimaschutzkonzept muss sozial gerecht umgesetzt werden. Wir fordern für alle Liegenschaften im Kreis nur noch zertifizierten Ökostrom.

Müllverwertung

Wir wollen ein neues Abfallkonzept für den Landkreis mit mehr Transparenz bei der Verwendung der Gelben Tonne und den Wertstoffen. Die Müllabfuhr sollte wieder als Eigenbetrieb des Kreises organisiert werden. Erträge aus wertvollen Abfällen dürfen nicht weiter an private Unternehmen abfließen.

9. ÖPNV

DIE LINKE fordert Sozialtarife für Schüler und Menschen mit geringem Einkommen und mehr Direktbusse zur S-Bahn und zum Krankenhaus in Winnenden.

Es ist nicht unser Ziel, möglichst „sparsam“ zu sein, sondern den Menschen in unserem Kreis ein lebenswertes und auskömmliches Leben zu ermöglichen. Die Gelder die dafür notwendig sind, müssen in Berlin und Stuttgart bereitgestellt werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Kreisrat Bezler spricht für die **ÖDP**:

Lieber Herr Landrat Fuchs,
liebe Damen und Herren der Kreis-Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag
und liebe Besucherinnen und Besucher,

ich freue mich, dass Landrat Fuchs uns "Neuen" im Kreistag aufforderte, sich mit ihrem Fachwissen und ihrer Erfahrung einzubringen. Dem komme ich in Bezug auf die Finanzierung und Wirtschaftlichkeit unserer Rems-Murr-Kliniken - insbesondere auf den viel geäußerten Wunsch einer mindestens schwarzen Null- nach.

Über die unabdingbare Existenz von Krankenhäusern, ausgestattet mit modernster Notfallmedizin und Diagnostik, kompetentem Personal, angemessenen Gebäuden, mit humanem Umgang, erträglichen Wartezeiten und genügend Kapazität bei Katastrophen und Epidemien, bedarf es wohl keiner Diskussion.

Diese Ansprüche erfordern finanzielle Mittel, die offensichtlich immer weniger abgedeckt werden können. Hier stellt sich die Frage nach den Ursachen für die unbefriedigende Kostendeckung der Krankenhäuser in unserem "Krankheitssystem". Ich möchte nun einige Aspekte benennen:

Unser Gesundheitssystem- ein kapitalistisches Krankensystem

In unserem "Gesundheitssystem" verdienen sowohl medizinisches Personal, Krankenhäuser und Krankenkassen von Krankheiten, nicht von Gesundheit (so wie im alten China).

Doch der Wunsch nach abrechnungsfähigen Patientenfallpauschalen bedeutet gleichzeitig den Wunsch nach möglichst vielen kranken Mitbürgerinnen und Mitbürgern und möglichst vielen Diagnosestellungen pro Patient. Das ist jedoch der falsche Ansatz und nicht das, was ich meinen Mitmenschen und mir wünsche.

Patientenverbände aber auch Krankenkassen beklagen Über- und Fehlversorgung. Um ein paar in der Öffentlichkeit diskutierte Kritiken zu benennen: 80% unnötige Knie und Wirbelsäulen-OP's, Gynäkologische Abteilungen mit Kaiserschnittraten von 80%, unnötige Krampfader-OP's, Mandel- und Polypen-OP's, Herz-OP's und überzogene Arzneimittelgaben (Antibiotika, Blutdrucksenker, Blutverdünner, Psychopharmaka etc.).

In den Zwängen der Haftung, der Zertifizierung und der Existenz

Behandler sind aus Haftungsgründen quasi gezwungen, fast alle zur Verfügung stehenden diagnostischen Maßnahmen zum Einsatz kommen zu lassen, wobei Prinzipien wie "So wenig wie möglich, so viel wie nötig" oder "Zuallererst nicht schaden" (Primum non nocere) in den Hintergrund treten. Behandler entscheiden sich im Zweifel eher nach Haftungsgründen bzw. nach den Vorgaben und dem Erhalt eines Zertifikats und nicht nach ihrer medizinischen Überzeugung. Zertifizierungen können durchaus sinnvoll sein. Meine Erfahrung ist jedoch die, dass die meistens den Erfindern und den Prüfinstituten dient und nicht den Patienten. Hier bedarf es unbedingt mehr Mitsprache- und Entscheidungsrechte von Patienten.

Patienten ohne Stimmrecht- Gesundheitsminister ohnmächtig

Wie sagte einst Horst Seehofer auf die Frage einer Journalistin, warum er als damaliger Bundesgesundheitsminister die Gesundheitsindustrie nicht in die Schranken verwiesen hatte: "Die, die wir wählen haben nicht die Macht. Die, die die Macht haben, haben wir nicht gewählt." Daraus folgere ich: Die Abgeordneten können gar nicht Anwälte der Patienten sein.

Tatsache ist bis heute, dass über die Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen der "Gemeinsame Bundesausschuss" (GBA) entscheidet, in welchem Patientenvertreter zwar geduldet und gehört werden, aber kein Stimmrecht besitzen! Es entscheiden ausschließlich die, die den Kuchen unter sich aufteilen.

Gelder für das Gesundheitssystem werden knapper

Ich erachte eine vom Aufsichtsrat der Rems-Murr-Kliniken angeordnete Überprüfung durch externe Fachleute für sinnvoll, sie wird jedoch die großen zukünftigen Finanzierungsprobleme nicht lösen können:

Rasch alternde Bevölkerung und steigende Zahl von Pflegebedürftigen

Wachsende Zahl an Krankenhausbehandlungen

Immer mehr und immer früher treten Krankheiten auf

Immer weniger Erwerbstätige finanzieren die Kosten für Kranke und Pflegebedürftige

Dieser Trend ist nicht von heute auf morgen zu stoppen! Es bedarf einer Änderung der Werte und in der Folge des Lifestyles um es modern auszudrücken, also der Art und Weise unseres Lebensstils/Lebensführung und- ähnlich wie in der Schweiz- eines Zusammenwirkens der "Schulmedizin" mit der Naturheilmedizin und viel mehr ganzheitliche Betrachtungsweise. Durch Volksentscheid wurde in der Schweiz die Anerkennung der Naturheilkunde im Krankheitswesen der Schulmedizin gleichgestellt.

Ausblick: Rems-Murr-Kliniken der Zukunft- Gesunder Landkreis

Die Erfahrungen naturheilkundlicher und ganzheitlicher Einrichtungen belegen, dass viele Operationen unnötig und Medikamentengaben reduziert werden können oder gar überflüssig sind.

Zudem sollten Patienten dazu motiviert werden Krankheitsursachen, welche durch die Lebensführung entstehen, abzustellen. Dies setzt gleichermaßen kompetente Behandler wie auch mündige, informierte und selbstverantwortliche Bürgerinnen und Bürger voraus! Damit können enorme Sparpotentiale genutzt werden und unsere Umwelt wird von chemischen, gentechnik- und nanopartikelbelasteten Substanzen entlastet- alles zum Vorteil unserer nachfolgenden Generationen.

Als ich an der Einführungsveranstaltung für die neuen Kreisrätinnen und Kreisräte den GF der Rems-Murr-Kliniken gGmbH Herr Winter fragte; ob es uns denn nicht möglich ist,

eine größere Zufriedenheit bei Patienten, medizinischem Personal und Hebammen zu erreichen, wie es beispielsweise in der Filderklinik der Fall ist, antwortete dieser knapp: "Die werden gesponsert, wir nicht."

Ich frage mich, was spricht dagegen, unsere Kliniken zu sponsern, um nicht dem Druck eines ausgebuchten OP-Zimmers und einer minimalen Verweildauer der Patienten ausgeliefert zu sein? Und was spricht dagegen, wenn zu den kompetenten Notfallmedizinerinnen und Chirurgen zusätzlich noch kompetente Naturheilbehandler für das Wohl der Patienten verantwortlich wären und diese in die Entscheidung eines Behandlungskonzeptes mit einbezogen werden?

Ich meine, wir sollten uns nicht bis zu einer Änderung der Landes- und Bundespolitik zurücklehnen, sondern unsere Möglichkeiten und unseren Handlungsspielraum schnell zum Einsatz bringen. Vorleben bringt mehr als kritisieren.

Haushaltsplan 2015 - Finanz- und Wirtschaftsplan der Rems-Murr-Kliniken Krise = Chance: Ich bin mir sicher, dass all die Umstände zu einem Umdenken von Prioritäten führen werden und Geld, das woanders vorhanden ist, mehr für soziale und gesundheitliche Belange eingesetzt werden. Die Mehrsummen, welche der Landkreis im Moment für die Rems-Murr-Kliniken aufbringen muss sind im Gegensatz zu so manchen Mehrsummen für fragliche Großprojekte Peanuts.

Ich werde dem vorliegenden Wirtschaftsplan Rems-Murr-Kliniken 2015 zustimmen, um den finanziellen Rahmen zu ermöglichen, Patienten fair und auf Augenhöhe begegnen zu können und trotz den suboptimalen politischen Rahmenbedingungen -wie oben erwähnt- eine gute medizinische stationäre Versorgung zu ermöglichen.

Ich wünsche mir jedoch, dass wir alle und insbesondere der Aufsichtsrat der Rems-Murr-Kliniken sich einem ganzheitlichen Therapieansatz öffnet, sich mit bereits vorhandenen interdisziplinären Konzepten auseinandersetzt und sich fachlich beraten lässt. Ich würde mich zudem freuen, wenn alle hier Anwesenden mit Kontakt zu Landes- und Bundespolitikern, dazu beitragen, dass Patienten zukünftig ein Stimmrecht über den Leistungskatalog der Krankenkassen erhalten und den Kommunen mehr Handlungsspielraum und Geld zur Gesundheitsvor- und -Versorgung übertragen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Auszüge:

4 GB Finanzen

1 Dezernat I

1 Dezernat III

1 Dezernat IV

1 Dezernat V

1 Rems-Murr-Kliniken

1 Kreisbaugruppe

§ 2

Allgemeine Vorschrift für Busverkehre in der Region Stuttgart
Drucksache 2014-93-UVA03.11.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache. Er erklärt, Busleistungen seien bisher in Einzelverträgen mit den betroffenen Busunternehmen geregelt worden. Aus vergaberechtlichen Gründen wollten die Verbundlandkreise und der Verband Region Stuttgart (VRS) ab dem 01.01.2015 eine Allgemeine Vorschrift (AV) in Kraft setzen, die im Verbundgebiet einen einheitlichen Tarif vorschreibe und die Verteilung der Fahrgeldeinnahmen und tarifbedingte Ausgleichsleistungen regele. Der VRS und die Verbundlandkreise hätten im Einvernehmen die AV erarbeitet.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar erklärt, im VVS-Gebiet könne jeder Fahrgast sein Ticket an einer beliebigen Stelle kaufen, unabhängig davon, welches Verkehrsunternehmen die Linie betreibe und wie oft er umsteigen müsse. Es bestehe kein automatischer Zusammenhang zwischen Fahrgeldeinnahme und Leistungserbringung. Über die AV könne die Aufteilung der gepoolten Einnahmen auf die Verkehrsunternehmen geregelt und tarifbedingte Verluste der Verkehrsunternehmen ausgeglichen werden. Früher erfolgte die Regelung über Einzelverträge. Da dies künftig nicht mehr zulässig sei, habe man die AV verfasst. Die Fahrgastnachfrage werde aufgrund von Verkehrserhebungen des VVS ermittelt. Für Freizeitbusse, die statistisch nicht sicher erfasst würden, sowie Anrufverkehre würden Pauschalierungsregelungen angestrebt. Bei eventuellen Veränderungen im Verkehrsangebot sei die Verteilung von Einnahmen und Ausgleichszahlungen zeitnah anzupassen. Dr. Zaar führt weiterhin aus, die Verkehrsunternehmen müssten daher Fahrgeldeinnahmen wie bisher monatlich an den VVS und Fahrtausfälle dem VRS melden. Die von den Verbundlandkreisen bis spätestens 2019 fortgeführten Kooperationsverträge hätten vor der Allgemeinen Vorschrift Vorrang. Daher würden diese beiden Systeme erst einmal parallel nebeneinander laufen. Für die Verkehrsunternehmen bleibe fürs Erste fast alles unverändert.

Die pauschale Beteiligung bei Verkehrsverbesserungen von 14,5 % sollen ohne den VRS weitergeführt werden. Es gebe dadurch keine negativen finanziellen Auswirkungen auf den Landkreis. Die Zahlungen würden künftig direkt an die Verkehrsunternehmen gezahlt und nicht mehr über die Verbundumlage wie bisher.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag en bloc einstimmig:

1. Der Allgemeinen Vorschrift wird zugestimmt.
2. Mit dem Ausscheiden des Verbands Region Stuttgart aus den Kooperationsverträgen übernimmt der Landkreis die Zahlungsverpflichtung von 14,5 % für Verkehrsverbesserungsmaßnahmen. Die Verwaltung wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge mit den Partnern der Verkehrsbedienungsverträge zu schließen.
3. Dem Abschluss einer Vereinbarung zur übergangsweisen Abrechnung von Kooperationsverträgen der Verbundlandkreise wird zugestimmt.

Auszüge:

Dezernat III

§ 3

Vertrag über die Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs zwischen der Landeshauptstadt Stuttgart und den Verbundlandkreisen
(Drucksache 2014-94-UVA03.11.)

Landrat Fuchs weist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache hin.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar erläutert die Drucksache 2014-94-UVA03.11. Er legt dar, dass aufgrund des geänderten europäischen und deutschen Rechts die Vertrags-beziehungen zwischen der Landeshauptstadt Stuttgart und den Verbundlandkreisen, sowie die Finanzierung der Busverkehre neu geregelt werden müssten. Die Beding-ungen an einen neuen ÖPNV-Vertrag seien, dass die rechtli-chen Anforderungen umgesetzt würden, die Stadt Stuttgart ihre Verkehrsleistungen direkt an die SSB vergeben könne, die Zuständigkeiten für den ÖPNV gleich blieben und dass keiner der Betei-ligten durch den neuen Vertrag mehr belastet werden würde als heute. Der beiliegende Vertrag er-fülle all diese Anforderungen.

Da die Stadt Stuttgart mit Einführung der Allgemeinen Vorschrift nicht mehr die gesamten Kosten der Busverkehre der Verbundstufe II zahle, zahle sie im Jahr 2015 2,8 Millionen Euro weniger Ver-kehrslastenausgleich an die Region. Um die Auswirkungen des Vertrages kostenneutral zu halten, wird der Verkehrslastenausgleich der Landkreise für gebietsüberschreitende Stadtbahn-und Busli-nien um den gleichen Betrag gekürzt. Im Rems-Murr-Kreis seien dies die Linie U1 Stuttgart-Fellbach sowie die Buslinien 58 Stuttgart-Schmieden und 60 Stuttgart-Fellbach-Oeffingen. Damit das Ange-bot bei steigenden Betriebskosten nicht verringert wird, wurde eine Dynamisierung des Verkehrslas-tenausgleichs in Höhe von 1,6 % vereinbart. Da die Stadt Stuttgart ab 01.01.2019 Buslinien, die vollständig außerhalb der Gemarkung der Landeshauptstadt betrieben werden, nicht mehr weiterbe-treiben dürfe, wäre der Rems-Murr-Kreis ab 2019 für die Linie 67 in der Stadt Fellbach zuständig. Die Stadt Stuttgart erhalte für die Sicherstellung des Verkehrs bis 2018 Ausgleichszahlungen neben dem Verkehrslastenausgleich.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig:

Dem ÖPNV-Vertrag wird zugestimmt.



Auszüge

1 Dezernat III

§ 4

ÖPNV-Finanzierungsabgrenzung zwischen dem Landkreis und seinen Kommunen
(Drucksache 2014-98-KT17.11.)

Landrat Fuchs weist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache hin.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar erläutert, der Landkreis müsse die Bedienung der Bevölkerung in einem Nahverkehrsplan festschreiben. Diese ausreichende Bedienung setze sich im VVS-Gebiet aus einem Basisangebot und aus möglichen kommunalen Zubestellungen zusammen. Das Basisangebot werde von den vier Verbundlandkreisen solidarisch finanziert. Zur Ermittlung des Basisangebots werde zunächst im Sinne einer angebotsorientierten Gestaltung die Einwohnerzahl unabhängig vom bestehenden Angebot zugrunde gelegt. In einem zweiten Schritt werde nachfrageorientiert nachgesteuert, um auch bereits existierende darüber hinausgehende Fahrgastzahlen zu berücksichtigen.

Im Rems-Murr-Kreis umfasse das Basisangebot 87,4 % der heute gefahrenen Busverkehre, was im Vergleich zu den anderen Verbundlandkreisen sehr viel sei. Angebote, die über das Basisangebot hinausgehe, könnten von den Kommunen hinzubestellt werden. Es gelte nun zu klären, wie man die Zubestellungen finanzieren wolle. Vorschlag der Kreisverwaltung sei es, sinnvolle kommunale Zubestellungen zu 50 % mitzufinanzieren. Damit könne der Kreis den heutigen Status Quo ohne Erhöhung der Kreisumlage mit ungefähr demselben Mittelumfang wie bisher finanzieren. Der Landkreis empfehle die fünfzigprozentige Mitfinanzierung des Kreises künftig auch für innerstädtische Verkehre. Dies sei nach der künftigen Finanzierungsplanung unumgänglich, da die Fahrgeldeinnahmen aller Busverkehre komplett zur Deckung des Basisangebotes eingesetzt würden. Außerdem sei eine saubere Trennung von innerstädtischen und kreisbedeutsamen Linien nicht möglich. Auch eine innerstädtische Linie könne kreisbedeutsam sein, zum Beispiel dann, wenn sie an eine S-Bahn angebunden sei.

Wenige Kommunen, die sich bereits einen ÖPNV leisteten, der weit über dem im Verbundgebiet üblichen Niveau liege, wären in Zukunft finanziell stärker belastet bzw. müssten ihre Busleistungen eventuell entsprechend anpassen. Den meisten Kommunen bringe die vorgeschlagene Finanzierung aber dauerhafte finanzielle Vorteile. Ebenso sei die neue Finanzierung transparenter. Der Rems-Murr-Kreis würde unter den Verbundlandkreisen am meisten profitieren.

Kreisrat Gruber betont, man müsse in Zukunft wohl für andere Kreise weniger mitfinanzieren. Er möchte wissen, wie viel bisher vom Rems-Murr-Kreis in anderen Kreisen finanziert werde und wie

viel es nach der ÖPNV-Finanzierungsabgrenzung sei. Er unterstütze eine Verschiebung der heutigen Entscheidung.

Kreisrat Kelemen merkt an, die Parameter des Basisangebots seien unbekannt und deshalb sei dieses unklar. Es seien zu wenige genaue Zahlen in der Vorlage, um eine abschließende Entscheidung treffen zu können.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar antwortet auf Fragen aus dem Gremium, es gehe in dieser Sitzung darum, über die 50-50 Finanzierung der Zubestellungen, die über das Basisangebot hinausgehen, zu entscheiden. Es werde nicht über einzelne Buslinien abgestimmt. Vor der wettbewerblichen Vergabe könne man nicht sagen, wie hoch genau die Kosten in Zukunft sein würden. Man könne bezüglich der Mitfinanzierung der anderen Kreise nur eine Tendenz aufzeigen und keine genauen Zahlen nennen.

Kreisrat Friedrich bemerkt, die Großzahl der Kommunen profitiere von der ÖPNV-Finanzierungsabgrenzung, es gebe aber auch einige, die finanzielle Nachteile davon hätten. Er wolle genau wissen, welche Kommunen profitierten und welche Kommunen Nachteile hätten.

Landrat Fuchs wirft ein, die 50-50 Regelung gelte in allen Fällen und man wolle heute ein klares Signal setzen.

Kreisrat Kelemen legt dar, die Bündelung sei nicht das Problem, sondern, dass die zusätzlichen Kosten für Kommunen, die eine engere Taktung im Busverkehr hätten, als es künftig das Basisangebot umfasse, nicht bekannt seien.

Landrat Fuchs betont erneut, die Kommunen müssten 50% dessen bezahlen, was über die Taktung des Basisangebotes hinausgehe. Solch ein Zusatzangebot sei deren eigene Entscheidung.

Kreisrätin Sturm bemerkt, die Unsicherheit sei für die Kommunen problematisch. Man solle den Nahverkehrsplan abwarten.

Landrat Fuchs erklärt, nur wenn man heute die künftige Finanzierungsabgrenzung beschließe, wüssten die Kommunen bei ihren anstehenden Entscheidungen für den Nahverkehrsplan, worauf sie sich einlassen würden. Dies sei ehrlich und transparent.

Kreisrat Kaufmann erläutert, er sei gegen eine Verschiebung der Abstimmung, da die Kommunen sonst keine Klarheit hätten, wenn sie über die Fortschreibung des Nahverkehrsplans beschließen.

Kreisrat Sczuka legt dar, er sei ebenfalls gegen eine Verschiebung. Das Basisangebot sei fest definiert und 50% Zusatzleistungen des Kreises seien eine ehrliche Vorgabe.

Kreisrat Friedrich bemerkt, die Entscheidung solle nicht übers Knie gebrochen werden.

Kreisrat Hofer erklärt, eine Gleichbehandlung aller Kommunen sei wichtig und deshalb wäre eine Verschiebung der Abstimmung unehrlich. Man wisse erst nach der Ausschreibung, um welche Kosten es sich genau handle.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar erläutert, man habe bereits im Frühling mit den Kommunen gesprochen und auch teilweise in den Gemeinderäten die Planungen vorgestellt. Auch mit den Fraktionsvorsitzenden seien Gespräche erfolgt.

Ohne weitere Diskussion beschließt der Kreistag en bloc mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen:

Der Kreistag stimmt

1. der vollständigen Finanzierung des Basisangebotes aus Kreismitteln sowie
2. der paritätischen Finanzierung der über das Basisangebot hinausgehenden kommunalen Zubestellungen zu.
3. Diese Finanzierungsregelung gilt sukzessive ab Betriebsaufnahme der ersten vergebenen Linienbündel im Juli 2017.

Auszüge:

2 Dezernat III

1 Geschäftsbereich Verkehr

§ 5

Beitritt zur GmbH Interkommunale Gartenschau 2019
(Drucksache 2014-95-UVA03.11.)

Landrat Fuchs verweist auf die zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag mehrheitlich bei einer Nein-Stimme:

Die Verwaltung wird ermächtigt, der noch zu gründenden „Interkommunalen Gartenschau Remstal – ikG 2019 GmbH“ als gleichberechtigter Gesellschafter beizutreten und 1.500 Geschäftsanteile zu je 1,00 EUR zu übernehmen.

Auszüge:

1 Dezernat IV

1 GB Umweltschutz

§ 6

Anpassung der Stellplatzmieten beim Landratsamt und an den Schulen in der Trägerschaft des Rems-Murr-Kreises

(Drucksachen 2014-83-VSKA24.10. und 2014-83a-VSKA24.10.)

Landrat Fuchs weist auf die vorliegende Drucksache hin.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag en bloc bei 3 Enthaltungen einstimmig:

1. Die Stellplatzmieten im Verwaltungsbereich werden, zu sonst unveränderten Konditionen, ab dem 01.01.2015, im Schulbereich ab Beginn des neuen Schuljahres 2015/2016 auf monatlich 17,00 Euro bzw. 8,50 Euro für Teilzeitbeschäftigte bis 50% festgesetzt.
2. Ab dem 01.01.2017 bzw. ab Beginn des Schuljahres 2017/2018 erhöhen sich die Parkgebühren erneut um einen Euro/Monat bzw. 0,50 Euro/Monat für Teilzeitbeschäftigte bis 50%.
3. Die Parkgebühr für Besucher des Landratsamts beträgt ab dem 01.01.2015 1,-- Euro pro angefangene halbe Stunde, wobei die erste halbe Stunde gebührenfrei ist.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, bis zur Neubebauung des Klinikareals Waiblingen, für das dortige Parkhaus für externe Mieter eine von den Ziffern 1 bis 3 abweichende Stellplatzmiete festzusetzen.

Auszüge:

1 Geschäftsbereich Finanzen

§ 7

Verschiedenes

Kreisrat Kölz spricht den Kreisverkehr zwischen Korb und Winnenden auf der Höhe von Schwaikheim. Dort sei ein Kreisverkehr zurückgebaut worden und nun zwar optisch unansehnlicher, aber nicht sicherer geworden. Er fragt nach der Errichtung des ursprünglichen Kreisverkehrs und den Kosten des Rückbaus.

Landrat Fuchs antwortet, dass hier der Kreisverkehr als untere Straßenverkehrsbehörde auf Grundlage der Empfehlungen des Landesverkehrsministeriums überprüft wurde und der Kreisverkehr beim weiteren Ausbau optisch wieder ansehlicher gestaltet wird. Des Weiteren verweist er Herrn Kölz an Herrn Hein, der vom Landratsamt hier zuständig sei und weiter Auskunft geben könne.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez

Johannes Fuchs

Thomas Hasert